

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingelagert in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Beispielt täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonels-  
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 22. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Waffenstillstand.

#### Die Beendigung des Generalstreiks.

Der Generalstreik ist beendet!

Der Generalrat der Arbeiterpartei hat am Sonntag nach vierstündiger Beratung mit 24 gegen eine Stimme und 2 Enthaltungen beschlossen, die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Ein am Sonntagabend erschienenen Manifest richtet im Sinne dieses Beschlusses eine Mahnung an die Arbeiter. Das Manifest lautet:

Arbeiter!

Seit acht Tagen geht Ihr unfrem Lande und der ganzen Welt ein unvergleichliches Beispiel.

Auf den ersten Ruf der Arbeiterpartei habt Ihr die Arbeit verlassen, auf Lohn verzichtet, Euer Brot geopfert, um Euer Recht zu gewinnen.

Jetzt glaubt die Reaktion gestagt zu haben; es ist nur Schein. In Wirklichkeit ist sie besiegt.

Von nun an wird die Verfassungsrevision mit Gewißheit erreicht werden.

Die Regierung kann sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen. Herr Boesche muß sich für eine nahe Zukunft mit dieser Thatsache abfinden. Alle Parteien der Opposition dringen auf dieses Ziel.

Die Arbeiterklasse und der fortgeschrittenste Teil der Bourgeoisie sind mehr denn je einig zur Eroberung des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Indem die liberale Partei die Revision zurückweist, zerreißt sie selbst alle Beziehungen zu demjenigen Teil der Arbeiterschaft, den katbolische Frömmigkeit noch an sie fesselte.

Indem die liberale Partei durch unüberlegbare Megelei und durch niederträchtige Verurteilungen die Unruhen unterdrückt, die aus ihrem blinden Widerstand entstanden, empört sie das öffentliche Gewissen gegen sich.

Nachdem sie Eure Brüder ermordet hat, hofft sie Euch niederzuwerfen durch den Hunger, das Elend, die Verzweiflung.

Genossen!

Ihr werdet diese Rechnung vereiteln!

Geschlossen habt Ihr die Arbeit verlassen, geschlossen werdet Ihr sie wieder aufnehmen.

Der Streik sei beendet, doch der Kampf werde fortgesetzt, hartnäckiger und begehrteter als je!

Von der Kammer der Privilegierten appellieren wir an die Privilegierten selbst und wir sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Auflösung des Parlaments kommen muß. Was auch immer geschehen mag, in der Zukunft, daß die Arbeiterpartei stärker ist als sie je gewesen, rufen wir der Arbeiterklasse zu:

Die Revision ist nahe!

Soch das allgemeine gleiche Stimmrecht!

Der Generalrat. Die socialistischen Deputierten.

Die Vertreter der Berufsverbände.

Die reaktionäre deutsche Presse ist über die Nachricht von der Beendigung des Generalstreiks in einem ungeheuren Jubel ausgebrochen. Sie hält die ganze Revisionsbewegung damit für gescheitert. Selbst das liberale Volksblatt läßt sich allerlei über die „enorme Niederlage“ des belgischen Proletariats telegraphieren.

Das Manifest des Generalrats atmet keineswegs den Geist der Niedergeschlagenheit. Es erklärt die Einstellung des Generalstreiks lediglich für einen Waffenstillstand. Der Kampf um die Revision sei keineswegs aufgegeben, er werde mit unerschütterlicher Ausdauer fortgeführt werden. Der künftige Sieg des Proletariats stehe außer Frage.

Auch die Mitteilungen, die der „Peuple“ in seiner letzten Nummer über die Verhandlungen des Generalrats macht, beweisen, daß die leitenden belgischen Genossen die Aufhebung des Generalstreiks durchaus nicht aus dem Gefühl der Unterlegenheit heraus beschlossen haben. Wenn sich auch vereinzelt Stimmen geltend machten, daß die Aufhebung des Generalstreiks zu bedauern sei, wenn sich auch Zweifel erhoben, ob die Arbeiterschaft überall sofort der neuen Lösung willig folgen und die Arbeit wieder aufnehmen werde, so war doch die übergroße Majorität der Genossen der Ansicht, daß die Genossen im Lande wohl begreifen würden, daß die Aufhebung des Generalstreiks kein Aufgeben des Kampfsobjekts, keinen Verzicht auf den Siegespreis bedeute, sondern lediglich nicht abzuweisenden strategischen Erwägungen entspringe. Es wurde nachdrücklich betont, daß die Aufhebung des Streiks schon deshalb kein Zurückweichen im Kampfe bedeute, weil dieser Kampf ja mit aller Energie auf andrem Gebiete fortgeführt werde. Die momentane parlamentarische Niederlage sei nicht so schwer und so entscheidend, daß sich die Arbeiterschaft zu verzweifelten Aktionen entschließen müsse, wie sie eine Fortsetzung des Generalstreiks herbeiführen könnte. Die Ablehnung der Revision durch die Kammer sei nur ein momentaner Pyrrhusieg der Liberalen, schon in wenigen Monaten werde die Frage des allgemeinen Wahlrechts von neuem brennend geworden sein. Der Kampf sei nur verlagert. Der Generalstreik, wurde auch bemerkt, treffe nicht nur die Gegner, sondern auch viele Freunde der Revision, zahlreiche liberale Unternehmer, die Verbündeten im ferneren Kampfe gegen die Reaktion.

Daß die deutsche reaktionäre Presse die Beweggründe unserer belgischen Genossen verkennt und die Proklamierung des Waffenstillstandes mit billigem Hohn überzieht, ist zwar verständlich, zengt aber nichtsdestoweniger von großer politischer Kurzsichtigkeit. Und gerade die deutschen Reaktionen hätten sehr wenig Anlaß, einen solchen Freudensturm anzustellen. Denn die Taktik, die die bel-

gischen Genossen nunmehr befolgen, ist keine andere, als diejenige der deutschen Socialdemokratie, über deren drohende Erfolge unsere Reaktionen doch täglich durch wütendes Scharmschmerzschrei quillieren. In den Kampfmitteln der deutschen Socialdemokratie hat der Generalstreik nie gehört. Gerade die deutschen Delegierten haben auf internationalen Kongressen immer wieder dies politische Instrument als ein unbrauchbares und überflüssiges bezeichnet. Die deutsche Socialdemokratie hat seit jeher die politische Schulung und die Organisation der Arbeiterklasse für die einzige ziel-sichere Vorbereitung zur Eroberung der politischen Gewalt erklärt, sie hat stets betont, daß diese ruhige und unermüdbare Aufklärungs- und Disziplinierungsarbeit, diese Gesetzmäßigkeit den Kapitalismus tötet. Die belgischen Genossen, die durch gewaltige Demonstrationen der herrschenden Klasse das Wahlrecht früher abzutreten glaubten, haben sich in der Wirkung dieser Demonstrationen für den Augenblick gelöst. Aber sie erblickten, und mit Recht, hierin nicht den mindesten Anlaß, Acimmäßig auf den weiteren Kampf zu verzichten: im Gegenteil, der brutale Widerstand, der hinter die Macht der Bayonnette sich verschaukelnden Liberalen, die sich nicht schenten, zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien Ströme blutigen zu vergießen, ist ihnen nur ein immer kräftigerer Aufsporn, die Schritte zu revolutionieren, die Massen noch straffer zu organisieren, als bisher. Der Jubel der deutschen Reaktionen hätte nur dann einen Sinn, wenn das belgische Proletariat den Höhepunkt seiner Macht, seiner politischen Expansion bereits erreicht hätte, wenn die politischen Machtverhältnisse des Augenblicks auch die aller Zukunft bleiben würden. Aber der Socialismus marschiert, er gewinnt immer neue Anhänger, er schwächt unangeseht die Position der Liberalen, so daß eine Vertagung der Entscheidung nur die spätere Wiederaufnahme des Kampfes unter günstigeren Bedingungen bedeutet!

So viel zur Dämpfung des reaktionären Jubels. Eine andre Frage ist die, ob die führenden Genossen in Belgien während der Revisionsbewegung der letzten Wochen nicht trotz alledem Fehler gemacht haben. Die wiederholte Janderpolitik unserer Genossen, ihre Rücksichtnahme auf die Wünsche der verbündeten Liberalen, ihr, um einen nicht sehr höchsten, aber deutlichen Ausdruck zu gebrauchen, scheibbarer Fickelkurs war wiederholt geeignet, ernste Bedenken zu erwecken. Andererseits ist man sich in Deutschland bewußt, wie unendlich schwer es ist, aus der Ferne die Verhältnisse zu beurteilen. In Verdrüsslichkeit dieser Schwierigkeiten unterlassen wir es auch heute, Kritik an dem Verhalten unserer belgischen Genossen zu üben, so sehr namentlich auch die rasche Aufeinanderfolge der Proklamierung und der Aufhebung des Generalstreiks zu kritischen Nachbetrachtungen reizt.

Ueber die Motive zur Aufhebung des Generalstreiks machen bürgerliche Mütter noch folgende unkontrollierbare Mitteilungen:

„Der Beschluß, die Wiederaufnahme der Arbeit zu proklamieren, ist den Socialdemokraten nahegelegt worden von der progressivsten Partei Belgiens. Diese beschloß am Sonnabend, den König zur Intervention aufzufordern und gleichzeitig die socialdemokratische Partei zu ersuchen, den Generalstreik einzustellen, da sein Zweck erreicht sei und das Land gehehen habe, wie fast der Wille der Arbeiterpartei sei. Die der „Frk. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet sei, glauben Optimisten, daß den Führern der socialdemokratischen Partei im Falle der Aufhebung des Generalstreiks Zusicherungen von hoher Stelle gegeben seien. Eine Intervention des Königs nach Aufhebung des Streiks werde nicht für unmöglich gehalten. In Brüssel forderte am Sonnabend ein socialistischer Führer in einer Versammlung auf, noch einige Tage ruhig zu bleiben und eine unerwartete, aber nicht unmögliche Lösung der Krise abzuwarten.“

Vom Montag wird der „Voss. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet, daß von dem für Montag einberufenen Ministerrat der Erlaß zur Aufhebung des Parlaments erwartet wird.

Was an diesen Meldungen Wahres ist, entzieht sich, wie gesagt, unserer Beurteilung. Bemerkenswert sei, daß eine Nachgiebigkeit der Regierung auch jetzt noch insofern nicht völlig ausgeschlossen ist, als auch 1893 die Regierung nach den Demonstrationen erst eine gewisse Anstandsfrist verstreichen ließ, bevor sie dem Drängen des Volkes Konzessionen machte.

Brüssel, 21. April. (W. S.) Die Meldungen aus der Provinz über die Lage berichten, daß nicht überall das Losungswort der Socialistenführer betr. die Wiederaufnahme der Arbeit befolgt worden ist. Besonders im Mittelbecken und in Charleroi sind die Arbeiter nicht mit der Beendigung des Ausstandes zufrieden. Der Abgeordnete Mansart wurde in La Louvière ausgepfiffen, als er vor den versammelten Streikern die Wiederaufnahme der Arbeit predigte. In Verdiers wurde die Rede Mansarts mit den Rufen: „Es lebe der Ausstand! Nieder mit dem Generalrat!“ begrüßt. In Namur wurde der Abgeordnete Verlot ebenfalls mit den Rufen: „Es lebe der Ausstand!“ empfangen, als er den Beschluß des Generalrates bekannt machte.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April.

#### Der Reichstag

nahm am Montag die erste Lesung der Serbisvorlage vor. Die Aufnahme, die der Entwurf fand, war nicht sehr freundlich. Die Redner aller Parteien bedauerten, daß die vom Hause längst geforderte Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses nicht vom Grund aus erfolgt und seine

Verkoppelung mit den Serbisvorklassen beibehalten worden ist. Die Serbisvorlage regelt die Entschädigung für die Einquartierungslasten und sieht dabei eine bestimmte Klasseneinteilung der Orte vor. Nach dieser Einteilung soll sich nach wie vor der Wohnungsgeldzuschuß regeln, von dessen Erhöhung nicht die Rede ist. Eine Verbesserung ist nur insofern vorgesehen, als die niedrigste Serbisklasse befreit wird und eine Reihe von Orten in höhere Klassen erhoben werden. Dabei sind aber nicht einmal die nächsten Vororte von Berlin mit Berlin gleichgestellt und große Städte wie Köln, Leipzig und Breslau sind nicht der ersten Serbisklasse eingereiht worden. Das Bedenklichste aber ist, daß die Regierung diese Neuregelung für so vorteilhaft hält, daß sie sie zehn Jahre lang in Kraft erhalten will, während der Reichstag schon 1897 eine Revision der Serbisvorklassen für erforderlich erklärte.

Selbst der nationalliberale Redner, Herr Gosmann-Dillenburg, und der Redner der Konservativen, Graf Noth, wendeten sich gegen die Verquickung von Wohnungsgeldzuschuß und Serbisvorklasseneinteilung. Lebhaft trat Genosse Singer für eine durchgreifende Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses im Interesse der unteren und mittleren Beamten ein, die jetzt geradezu gezwungen sind, Schlafburgen aufzunehmen. Aber für solche Kulturforderungen ist eben kein Geld da. Schatzsekretär v. Tzieltmann jammerte über die schlechte Finanzlage, die im nächsten Jahre noch schlimmer sein würde, und Graf Posadowsky wartete mit dem Mute auf, der Reichstag möge mehr Geld in den Reichsbudget thun. Wenn für Militär und Marine nicht so viel herausgenommen würde, wäre schon genug darin, um besser für die Beamten zu sorgen, denen die Regierung mit Hilfe des Zolltarifs den Brotkorb noch höher hängen will.

Herr Richter hat ausgerechnet, daß der Wohnungsgeldzuschuß durch die Vorlage um 1 bis 2 Proz. im Durchschnitt erhöht wird. Da die Budgetkommission, an die die Vorlage verwiesen wurde, sich auch mit der afrikanischen Centralbahn beschäftigen wird, hat sie es ja bequem, darüber zu entscheiden, ob es besser ist, eine unrentable Bahn in Afrika zu bauen oder für die Beamten daheim ausgiebiger zu sorgen. Uebrigens steht der Kommission eine gewaltige Arbeit bevor, die sich beinahe mit der der Zollkommission messen kann. Etwa 400 Anträge auf Erhöhung der Serbisvorklassen für einzelne Orte liegen vor, und das Material dieser Petitionen muß, wie Herr Bachem meinte, gründlich durchberaten werden. Die zweite Lesung der Vorlage kann also noch lange auf sich warten lassen.

Dagegen scheint die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes für die Presse ohne Kommissionsberatung erledigt zu werden. Schatzsekretär Rieberding gab dem Entwurf eine höchst merkwürdige Begründung mit auf den Weg. Er stellte es so dar, als wenn die Regierung, ohne selbst von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt zu sein, nur dem Drängen des Reichstages nachgegeben und sich seinen Wünschen „anbequem“ habe.

Während das nationalliberale Gemüt des Herrn Doktor Esche dieses Entgegenkommen dankbar anerkannte und nur in aller Bescheidenheit einige weitergehende kleine Wünsche vorzutragen hatte, unterwarf Genosse Heine diese Vorlage einer principiellen Kritik und verfocht die Ansicht, daß die Ablehnung des Entwurfs das richtige sei, weil er in seiner jetzigen Form die Presse mehr schädigen, als ihr nützen werde. Er bezeichnete die Auslegung des Reichsgerichtes, auf Grund deren der fliegende Gerichtsstand für die Presse überhaupt erst möglich geworden ist, für ungesetzlich und hält es für falsch, diese Ungesetzlichkeit durch die Annahme der Vorlage zu sanktionieren. Besser sei es, wenn auch die Presse auf diesen Fortschritt noch einige Zeit warte. Man muß ja in Preußen Deutschland auf den künftigen Fortschritt ein Menschenalter werden. Die Redner der übrigen Parteien trugen nur Bedenken gegen Einzelheiten vor, vor allen Dingen dagegen, daß der fliegende Gerichtsstand nur für die Zeitungen, nicht für die Druckschriften überhaupt beseitigt werden soll und daß zu Gunsten des Privatflüglers der fliegende Gerichtsstand beibehalten wird.

Dienstag wird die Debatte fortgesetzt. Außerdem steht die zweite Lesung des Schaumwein-Steuergesetzes auf der Tagesordnung.

#### Somburg im Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause begann am Montag die dritte Lesung des Etats und bewilligte in rascher Reihenfolge eine größere Anzahl von Etats ohne erhebliche Debatte. Erst beim Etat der Eisenbahnverwaltung wurde es lebhaft. Die konservativ-liberale Mehrheit hatte in der zweiten Lesung die Position für den Umbau des Bahnhofs in Somburg gestrichen. Die Nationalliberalen, die gern jede Gelegenheit benutzen, sich bei der Krone in empfehlende Erinnerung zu bringen, beantragten die Wiederherstellung der Position und führten in der Erwartung, daß vielleicht einige Konservative insallen würden, die namentliche Abstimmung herbei. Aber die liberalen Mannesleuten wurden bitter enttäuscht, denn nun beharrten die Konservativen erst recht bei ihrer Ansicht, daß der Umbau des Bahnhofs durchaus nicht deshalb nötig sei, weil ihn der Kaiser wünscht, und sie ließen sich auch durch die beweglichen Klagen der Minister v. Tzieltmann und Frh. v. Rheinbaben von ihrer Meinung nicht abbringen. Die Kanalfronde stimmte geschlossen gegen den Antrag der Nationalliberalen. Die Position wurde in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 105 Stimmen endgültig

abgelehnt. Dagegen bewilligte das Haus — gleichfalls gegen die Stimmen der Konservativen — eine Million für Vorarbeiten, Erdarbeiten und Grundwerb zum Zweck der Erweiterung des Bahnhofs in Homburg, und richtete zugleich in einer Resolution an die Regierung die Aufforderung, den Kostenaufschlag nochmals zu revidieren und in der nächsten Session darüber zu berichten, ob Ermäßigungen der auf 5400000 Mark veranschlagten Bauunterne möglich sind. Die Annahme dieses von freisinniger Seite ausgesprochenen Vermittlungsvorschlages ist die Folge des Umfalles einiger Freikonservativen und eines Teiles des Centrums. Das Haus hatte offenbar keine Neigung, die Sache zum Äußersten zu treiben. So erklärt sich, warum ein Antrag auf namentliche Abstimmung auch für den freisinnigen Vermittlungsvorschlag nicht die genügende Unterstützung fand. Die Bewilligung wurde dann durch einfache Probe und Gegenprobe festgestellt. Die Annahme des Vermittlungsvorschlages bedeutet, daß Wilhelm II. den Bahnhof nun doch erhalten wird — allerdings gegen die Konservativen, sofern nicht das Herrenhaus die Forderung wieder streift.

Am Dienstag wird die dritte Lesung des Etats fortgesetzt.

Aus der Debatte über den Homburger Bahnhof haben wir hervor:

Zu Titel 116 (Erweiterung des Homburger Bahnhofs) liegt ein nationalliberaler Antrag vor, den Titel 116 nach der Regierungsvorlage wiederherzustellen und als erste Rate 1 Million Mark zu bewilligen.

Die beiden freisinnigen Parteien beantragen, Titel 116 in folgender Fassung zu bewilligen:

Zu den vorbereitenden Bauarbeiten (Erdarbeiten) sowie zu den Grundwerbskosten für eine Erweiterung der Bahnhofsanlagen in Homburg v. d. G. 1000000 M.

Abg. v. Pappenheim (L.): Wird sind der Ansicht, daß andre Bahnhofsneubauten weit dringlicher sind, als der von der Regierung beantragte Bahnhofsneubau in Homburg. Wir sind der Meinung, daß es sich zur Zeit nicht empfiehlt, die geforderte erste Rate zu bewilligen. Wir müssen deshalb auch gegen den freisinnigen Antrag stimmen. Wir können keine erste Rate bewilligen, ohne genau zu übersehen, welche weiteren Forderungen sich daraus ergeben.

Minister v. Thielen: Ich bitte Sie namens der Staatsregierung, dem nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der Vorlage zuzustimmen. Die Kosten sind allerdings hoch, aber sie betreffen auch nicht nur den Bahnhofsneubau, sondern auch eine Verbindungsbahn, die unter sehr schwierigen Terrainverhältnissen hergestellt werden muß. Was den Verkehr anlangt, so sind gezählt worden in den fünf Sommermonaten des Jahres 1901 980000 Durchreisende, in den sieben Wintermonaten 972000. In einzelnen Tagen aber beträgt der Verkehr das zehnfache der täglichen Durchschnittszahl, die im Sommer 6400 beträgt. Der jetzige Bahnhof ist in allen seinen Einrichtungen durchaus mangelhaft. Diese Mangelhaftigkeit ist schon seit Jahren erkannt worden, ganz ohne Rücksicht auf die Qualität der Reisenden, die den Bahnhof benutzen.

Abg. Stengel (fr.): Die ganze Argumentation des Abg. v. Pappenheim leidet darunter, daß er einen zu großen Wert legt auf den Bau des Bahnhofs in Homburg und die übrigen Bahnanlagen nicht berücksichtigt. Die Staatsregierung kann sowohl das Vertrauen von uns beanspruchen, daß wir ihre technischen Darlegungen für durchschlagend halten. Die Mehrheit meiner politischen Freunde wird daher für den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der Vorlage stimmen, sollte dieser abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag Dr. Krieger stimmen.

Abg. Dr. Krieger (fr. Sp.): Meine politischen Freunde haben in der zweiten Lesung für die Forderung gestimmt, obwohl sie sich nicht verhehlen konnten, daß eine solche Summe exorbitant hoch für einen Bahnhofsneubau ist. Wir halten einen Neubau in Homburg für nötig, möchten aber durch unsern Antrag eine nochmalige Prüfung der Höhe des Kostenaufschlages veranlassen.

Finanzminister Freiherr v. Helldorff: Ich kann ebenso wie der Minister der öffentlichen Arbeiten das hohe Haus nur dringlich bitten, den Bahnhofsneubau entsprechend dem nationalliberalen Antrag zu bewilligen. Die Betriebssicherheit wie die Größe des Verkehrs machen die baldige Ausführung der Anlagen dringlich notwendig.

Abg. Zolocha (L.) erklärt, das Centrum werde, wie in der zweiten Lesung, gegen die Forderung stimmen.

Abg. Ehlers (fr. Sp.): Wir werden wie in der 2. Lesung heute in erster Linie für den Antrag auf Wiederherstellung der Vorlage stimmen, in zweiter Linie für den Antrag Krieger. Die Herren sagen zu dem Minister: „Du magst ja sonst ein ganz tüchtiger Eisenbahnminister sein, aber die Sache da bei Homburg die verheißt Du nicht, die verstehen wir besser.“

Abg. v. Churu (nat.) beantragt namentliche Abstimmung.

Abg. v. Pappenheim (L.): Ob die Abstimmung eine namentliche ist oder nicht, ist für uns ganz gleichgültig. Wir haben die Angelegenheit sojlich geprüft und werden unsere Abstimmung vor unserm Gewissen verantworten können. (Sehr gut! rechts.) Daß wie alles für die Betriebssicherheit notwendige unbedingt bewilligen, dafür bürgt die ganze Vergangenheit unserer Partei. (Lachen links.)

Minister v. Thielen legt nochmals dar, daß die Betriebssicherheit bei dem jetzigen Zustand der Bahnhofsanlagen gefährdet sei.

Abg. Dr. Sattler (nat.): Deshalb hat eigentlich Herr v. Pappenheim in seiner zweiten Rede so große Worte gebraucht? Es ist doch von seiner Seite eine Andeutung gemacht worden, daß eine namentliche Abstimmung die Art der Abstimmung irgendwie beeinflussen könnte. Warum also die Vertiefung dagegen? Ueber die Ausführungen des Abg. Zolocha habe ich mich gewundert. Sein Parteigenosse v. Savigny hat sich in der Kommission für die Bewilligung der Forderung ausgesprochen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Savigny (L.) stellt fest, daß er sich in der Kommission nur im Namen seiner in der Kommission anwesenden politischen Freunde vorläufig für die Bewilligung der Summe ausgesprochen, dabei aber die Stellungnahme der Centrumpartei im Plenum ausdrücklich vorbehalten habe.

Abg. Junz (fr. Sp.) erklärt, daß ein Teil seiner Freunde von der Tendenz des Antrages Dr. Krieger abweiche.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung auch über den Antrag Dr. Krieger (fr. Sp.) findet nicht die genügende Unterstützung.

Bei der namentlichen Abstimmung über den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmten im ganzen 285 Abgeordnete; davon mit „Ja“ 105 Nationalliberale, freisinnige Vereinigung, ein Teil der freisinnigen Volkspartei und der größte Teil der Freikonservativen, mit „Nein“ 177 Konservative, eine Minorität der Freikonservativen, Centrum und Polen. Die Forderung ist also abgelehnt. Drei Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

Der Antrag Dr. Krieger (fr. Sp.) wird darauf nach Probe und Gegenprobe vom Reichspräsidenten Dr. Krause für angenommen erklärt. (Große Unruhe auf allen Seiten des Hauses.) Dafür erheben sich die beiden freisinnigen Parteien, die Nationalliberalen und der größte Teil der Freikonservativen, dagegen die Konservativen, eine Minorität der Freikonservativen, das Centrum und die Polen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

### Deutsches Reich.

#### Streikheer im Kohlenrevier.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum im Industriebezirk gegen die Bergarbeiter äußerst provokatorisch auftritt, mit dem deutlichen Zweck, sie zu einem Streik zu veranlassen, der dem Unternehmertum bei der schlechten Geschäftslage willkommen wäre; er würde ihm nicht nur auf die leichteste Weise eine Produktionsbeschränkung ermöglichen, sondern man hofft auch, nach der Niederlage der Arbeiter ihnen die ungünstigsten Bedingungen aufzuzwingen zu können.

Die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ warnt darum mit Recht die Kameraden, sich auf Streiks einzulassen: „Behaltet kaltes Blut, laßt Euch nicht provozieren! Zeigt Disziplin!“

Zugleich hat der Vorstand des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes an den Bergwerksminister Möller eine Eingabe gerichtet, in der über die mißbräuchlichen Zustände im Kohlenrevier Beschwerde geführt wird. Wir entnehmen der Eingabe das Folgende:

„Angenblicklich ist wieder eine ähnliche Situation, wie im April 1889. Ueberall erfolgen Lohnreduktionen und Kürzungen. Diese Kürzungen würden die Verhältnisse der Arbeiter noch mehr verschlimmern, wenn nicht gleichzeitig weitere Anlegungen fremdländischer Arbeiter erfolgen und wenn die Feuerlöcher und Kohnreduktionen gleichmäßig vorgenommen würden. Dies ist aber nicht der Fall. Vielmehr wird auf denselben Forderungen, die Feuerlöcher einlegen, auch in Ueberreichten gearbeitet, von bevorzugten Leuten, was sehr böses Blut erregt.“

„Vorank wir aber insbesondere die Aufmerksamkeit eines hohen Ministeriums lenken müssen, das ist die aufreizende Behandlung, die augenblicklich den Belegschaften zu teil wird. Jede Woche laufen auf unserm Bureau bewegliche Klagen ein über brutales Benehmen von Beamten, die immer häufiger zu Thätlichkeiten übergehen, die unterstellten Arbeiter körperlich mißhandeln und in der beleidigendsten Weise beschimpfen.“

„Sodann kommt im größeren Umfang wieder das berüchtigte „Nullen“ in Schwung. Die Belegschaften behaupten, diese schwere Schädigung des Arbeiterverdienstes geschähe in der willkürlichsten Weise.“

„Schließlich ist es unsere Pflicht, bekannt zu machen, daß in letzter Zeit in weit höherem Maße wie früher die Unfälle und Verletzungen im Grubenbetrieb vermehrt werden. Den Belegschaften wird vielerorts nicht mehr genügend Holz zum Verzimmern geliefert. Auf Beschwerden bei den Vorgesetzten erfolgen häufig cynische Antworten; meistens heißt es: „Wenn es nicht paßt, der laun gehen.“

Die Eingabe fordert, daß die Regierung den Mißständen ein Ende mache. Ob sie Erfolg haben wird? Wir leben nicht mehr, wie im Jahre 1889, in der Zeit der socialreformerischen Flugversuche der neuen Regierung, damals als Wilhelm II. dem provozierenden Unternehmertum ganz gehörig den Takt las.

#### Aberkennung des Gottesquadrants. Der „Rachus“, den der Reichs-Anzeiger dem Fürsten Reuß widmet, enthält sich jedes charakterisierenden Wortes. Er ist trocken wie ein Stechdorn, der nicht einmal von besonderen Kennzeichen zu vermelden weicht.

Da das Gottesquadrant doch vernünftig nicht nach Quadrat-Kilometern gemessen wird — je kleiner das regierte Land, desto mehr verschwindet das Gottesquadrant — so muß man annehmen, daß der Reichs-Anzeiger, der jedem höheren Ministerialbeamten „Hochachtungsvoll“ Vorreden zu halten pflegt, in diesem Fall dem preußenfeindlichen Monarchen ausdrücklich das Gottesquadrant und die dazu gehörige Verfertigung aberkannt wissen will.

#### Nochmal das Granitbeihen. In einem Trinkspruch, den der Kaiser gelegentlich der Einweihung eines Denkmals für einen Kavallerie-General in Hannover hielt, erwiderte er dem Reichsanzler v. Bülow die Auszeichnung, daß er das von ihm neulich citierte Wort des „Vorfrischen Parvans“ vom „Granitbeihen“ wiederholte. Wilhelm II. wendete das Wort in folgender Form an:

Somögen auch Sie das Stück Granit unsres Heeres, das sich Keiterei nennt, hegen, pflegen und kristallisieren lassen, daß jeder, der daran beißt, die Zähne verliert.

#### Das Hochzeitskleid aus China-Seide. Die hallische Straßammer verhandelte Sonnabend gegen den Redacteur des „Vollblatts“, Genossen A. Weismann, wegen Beleidigung eines Chinesiers, des Vicefeldwebels Piegler aus Wittenberg. Zur Anklage stand, wie uns aus Halle berichtet wird, ein vom 31. Januar ds. Js. im „Vollblatt für Halle“ etc. unter Provinzialtitel veröffentlichter Artikel, der dem „Wittenberger Kreisblatt“ entnommen war. Es hieß da ohne Namensnennung, daß kürzlich ein Vicefeldwebel getraut wurde, dessen Braut ein prächtiges Kleid aus chinesischer Seide trug. Den Stoff zu diesem Kleide, schweren, großblumigen weißen Damast, habe der Bräutigam, der bei der Chinatruppe gestanden hat, seiner Braut von dort mitgebracht. Das „Vollblatt“ hatte diese Notiz mit der Spitzmarke auch ein „China-Andenken“, versehen und daran die Schlussbemerkung geknüpft: Derartige „Andenken“ sollen ja mitunter sehr billig gewesen sein. In der letzteren Bemerkung wurde die Beleidigung erblickt, indem angenommen wurde, daß dem Chinakrieger der Vorwurf einer unerlaubten Handlung gemacht worden ist. In der Verhandlung wurde eine Auskunft vorgelegt, wonach der Chinakrieger den Stoff zu dem seidenen Kleide in China künstlich erworben haben will. Der Staatsanwalt schloß die Verhandlung mit dem Satz ab, daß die Beleidigung des Blattes, auf 3 Monate Gefängnis.

Aus dem Bericht ist nicht zu erkennen, auf welche Summe die Quittung lautet.

#### Eine ungelegliche Steuer. Die Bedenkslichkeit handelsagrarischer Uebergewichts in Kommunalverwaltungen zeigt sich drastisch in einem Falle, über den uns aus Bremen haben geschrieben wird:

Im engbenachbarten preussischen Orte Geseke wurde vor zwei Jahren mit der Kanalisation verschiedener Stadtteile begonnen, deren Kosten durch Anleihen von insgesamt mehr als einer Million Mark aufgebracht wurden. Bei der letzten Stadtsitzung hatten sich nun die Gemeindefolger mit der Aufbringung der Mittel zu beschaffen, welche Unterhaltung, Verzinsung und Amortisation der Anlage jährlich erfordern. Magistrat und Finanzkommission des Bürgervereins-Kollegiums brachten in Vorschlag, den ca. 70000 M. ausmachenden Betrag auf die Haus- resp. Grundstücksbesitzer imzulegen. Die Mehrheit des aus lauter Hausbesitzern zusammengesetzten Bürgervereins-Kollegiums entschied sich jedoch gegen diesen Vorschlag und beauftragte den Magistrat mit der Vorlage eines Steuerstatuts, nach welchem die laufenden Kosten der Kanalisation von den Mietern erhoben werden sollen. In einer am 2. April abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung legte der Bürgermeister ein solches Statut vor, das Ordnung über die Erhebung der Kanalisationsgebühren festsetzte. Nach diesem Statut soll von jeder langfristigen Wohnung, sofern sie nicht leersteht, eine „Wohnungsgebühr“ für die Kanalisation erhoben werden, deren Höhe sich nach dem Mietpreis richtet. Der Prozentsatz soll 6 Prozent betragen. Dies Statut wurde von den Gemeindefolger mit beträchtlicher Mehrheit angenommen und damit die Ausführung einer Mietsteuer beschlossen. Die Bremerhavener „Volkstimme“ wies nach, daß der Vorschlag der Gemeindefolger direkt ungeleglich sei, da § 23 des preussischen Kommunalabgabengesetzes wörtlich bestimme: „Miet- und Wohnungssteuer dürfen nicht neu eingeführt werden.“ Von socialdemokratischer Seite wurde zum 4. April eine Protestversammlung von Bürgern und Einwohnern einberufen, die riesig besetzt war. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen An-

nahme, durch welche die Gemeindefolger zur Rückgängigmachung des ungeleglichen und ungerechten Beschlusses aufgefordert werden. Die Resolution beauftragt das Bureau der Versammlung, event. die Regierung aufzufordern, die erforderliche Zustimmung zu dem Wähler-Statut zu versagen.

Wir möchten dieser Mitteilung unsern Korrespondenten hinzufügen, daß der Beschluß der Gesekeaner Hausagrarier nicht erachtens schon deshalb ungeleglich ist, weil das preussische Kommunalabgabengesetz unzweifelhaft bestimmt, daß Gebühren und Beiträge für Kanalisationsanlagen von den Grundbesitzern, nicht aus allgemeinen Steuern aufzubringen sind. Die höheren Instanzen haben in diesem Sinne schon wiederholt entschieden, so z. B. in der Marburger Kanalisationsfrage. (Red. des „Vorwärts“.)

### Ausland.

#### Wahlrechtsbewegung in Schweden.

Stockholm, 21. April. Im ganzen Lande fanden gestern Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts statt. Hier kam es im Laufe des Nachmittags zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Volksmenge, welche unter den Rufen: „Nach dem Schlosse!“ den Polizeikommanden zu ihren Versuchen. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch; mehrere Personen wurden durch Säbelschläge verwundet, fünf verhaftet. Eine Abteilung Militär hielt mit aufgepflanztem Seitengewehr die zum Schlosse führende Brücke besetzt. Der Führer der Socialisten Branding hielt mehrere Ansprachen an die Volksmenge, in denen er sie zur Ruhe ermahnte. In Ralmö beteiligten sich 15000 Personen an der Kundgebung, in Stockholm über 30000. Für den 1. Mai werden noch größere Demonstrationen erwartet.

#### Russische Bauernrevolte.

Aus Rußland wird uns geschrieben: Die fortschreitende Revolutionierung der städtischen Arbeitermassen greift auch auf die Landbevölkerung über. Diese ist nicht mehr jene träge Masse, als wie sie sich in den 70er Jahren zeigte, der engere Verkehr des platten Landes mit den Industriezentren hat auch in die Dörfer einen früheren Zug gebracht. Die russische Bauernschaft weiß heute in ihren Reihen nicht wenige intelligente Erscheinungen auf, sie beginnt eine immer größere Aufmerksamkeit der Schule zu schenken, die Litteratur und die Presse finden auch in der Landbevölkerung Verbreitung. Unter diesen Umständen entwickelt sich unter den Kleinbauern auch ein größeres Klassenbewußtsein, das zuweilen noch kraffe Formen annimmt, aber für die Zukunft das Beste zu hoffen läßt.

Aus mehreren Gouvernements des Reiches kommen Nachrichten über Konflikte zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern, die nicht überall einen unblutigen Ausgang genommen haben. So ist es z. B. in dem Gouvernment Woroneß zu Zusammenstößen gekommen, weil die Bauern Anspruch auf die Gutsländereien erhoben. Die Gutsarbeiter wurden von den Feldern vertrieben und auf denselben seitens der Bauern Wachtposten aufgestellt, die nur durch ein starkes polizeiliches Aufgebot entfernt werden konnten. Dabei blieb es aber nicht. Die Bauern strömten in hellen Scharen zu dem Dorfe Schischegol, wo sich der Konflikt abspielte und bald war die Polizei gezwungen, abzurücken. Nun wurde eine Compagnie Infanterie dahin beordert, die mehrere der Bauern verhaftete und an den Verhafteten auf der Stelle die Exekution vornahm. Das brachte den ganzen Landkreis so auf, daß an 15000 Männer und Frauen mit Senzen bewaffnet erschienen. Die Infanterie zog sich nun zurück und jetzt wurden von allen Seiten Verstärkungen herangezogen. Die halbvergessenen Bauern werden wieder einmal zur Gänze die Milde und Gerechtigkeit der Krone kennen lernen.

Im Gouvernment Tambow wandten sich mehrere Dörfer an die Regierung mit dem Ansuchen, an sie die Ländereien eines reichen Gutsbesitzers zu verteilen, weil sie sonst verhungern müßten. Die Regierung sah in diesem Ansuchen einen revolutionären Akt und hat gegen die Wittsteller eine peinliche Untersuchung eingeleitet.

Im Gouvernment Poltawa, Kreis Poltawa, hat die Polizei in 22 Dörfern gehandhakt, wobei revolutionäre Schriften aufgefunden worden sind. Die Behörden merkten, daß auch hier unter den Bauern eine scharfe Gärung im sich greift, dachten aber anfänglich an die Propaganda des Stundismus, bis sie durch Denunziationen eines Kopon auf die echte Spur gebracht wurden. In dem Dorfe Irtischja leisteten die Bauern Widerstand gegen die Verhaftung, der nur durch Anwendung von Gewaltmitteln gedrohen werden konnte.

Im Gouvernment Minsk sind einige 150 Bauern verhaftet worden, weil sie mehrere verdächtige Zusammenkünfte gehabt haben sollen und durch die Bildung von Kreisjahren und Bibliotheken regierungsfeindliche Bestrebungen gezeigt hätten. Die vermeintlichen Häufelführer sind in das Gefängnis nach Moskau gebracht worden.

#### Norwegen.

Neue Minister. Die Ministerkrise ist beendet; Mehr wird Staatsminister in Christiania und der Minister des Innern Dr. Sigurd Ibsen Minister in Stockholm. Der bisherige Justizminister Ovum wird Mitglied des Staatsrats in Stockholm und der Staatsrat Arstad übernimmt das Justizministerium.

### Partei-Nachrichten.

Die Wüste Liebknecht, für dessen Grabmal modelliert und in Bronze gegossen, ist auf Wunsch von Parteigenossen in Gips abgegossen worden. Abgüsse der überlebensgroßen Wüste können zum Preise von 40 M. durch den Bildhauer Heinrich May, Dresden-Wlajewitz, Residenzstr. 4, bezogen werden.

In der Geheimdruckerei des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes“ in Rußland erschien in jüdischem Jargon die Nummer 26 des Centralorgans des „Bundes“, die „Arbeiterstimme“, 34 Seiten. Inhalt: Die neue Gerichtsordnung für politische Verbrecher; zum Gedenktage des 15./28. Januar 1886 (die Hinrichtung der Genossen Kuzniz, Bardowski, Osowski und Petrusinski aus der Partei „Proletariat“). Die Willkür der zarischen Regierung; der Jar in Frankreich; die Unruhen auf der Dubrowskaja Fabrik in Petersburg und das grausame Gerichtsurteil; die finstere Welt (Wilder aus dem russischen Leben); Nachrichten zum Jubiläum der „Arbeiterstimme“, Gedicht „an den Bund“; Briefe aus dem Moskauer Centralgefängnis, aus Jekaterinoslaw, Wolsk, Riga, Verdichow und Wlinsk; die Konferenz des internationalen Bureau in Wlinsk; die Studentenbewegung; Chronik der Bewegung; Cyclus des Judentums; neue Ausgaben; Warnung; Kasienbericht des Centralcomitees des „Bundes“.

### Die Gemeindevahlen

in den Vororten Berlins sind jetzt beendet, so daß nunmehr ein Ueberblick über die von der Socialdemokratie erreichten Erfolge möglich ist. Und diese Erfolge sind wahrlich nicht gering anzuschlagen. In den meisten Vororten haben die Gemeindevahlen vom März dieses Jahres der Partei einen erheblichen Zuwachs an Mandaten und Stimmen eingebracht, und diese Ertragsüberschüsse stehen um so höher, als sie unter einem Gesetz erreicht wurden, das raffiniert darauf zugeschnitten ist, den Einfluß der großen Masse der Bevölkerung, auf die die Socialdemokratie sich stützt, nicht zur Geltung kommen zu lassen. Die Widerständigkeit der Klassenwahl an sich und die Widerständigkeit der Bestimmung, daß zwei Drittel der Gemeindevorteiler aus Hausbesitzern bestehen müssen, tritt besonders grell in den Vororten Berlins hervor, wo fast überall mit städtischen Verhältnissen zu rechnen ist und der als Hort der Solidität und Stabilität gepriesene Grundbesitz vielfach nichts anderes darstellt als ein Vandalentum wilderer Sorte. Der Erfolg bei den Gemeindevahlenehrt unsere Partei aber noch aus einem andern Grunde. In vielen Fällen war der Bevölkerung auch die Ausübung der weni-

Rechte, welche das Gesetz ihr zugibt hat, erschwert werden, sei es durch Verweigerung von Versammlungsräumen oder sonstige Hinderung der Wahlpropaganda, sei es dadurch, daß die Wahlzeit auf Tagesstunden angelegt wurde, an welchen es der großen Masse fast unmöglich ist, ihrer Wahlpflicht zu genügen. Doch auch in solchen Fällen zeigte vielfach der Idealismus und die Opferwilligkeit unserer Parteigenossen und so darf wohl gesagt werden, daß gerade die Gemeindevahlen unsre Feinde von neuem darüber belehrt haben, wie thöricht es ist, eine Kulturbewegung wie die sozialdemokratische durch äußere Mittel in ihrem Siegeslaufe hemmen zu wollen.

Die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Zahlen geben aus 28 Orten in der Umgegend Berlins einen Ueberblick über unser Vordringen.

| Ort                             | die Gemeindevahlen |      | Es wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben |                     | Gewählt wurde 1902 in den Tagesstunden von |
|---------------------------------|--------------------|------|---|---------------------|--|
|                                 | 1902               | 1901 | bei den vorhergehenden Wahlen                   | bei den Wahlen 1902 |  |
| Adlershof . . . . .             | 2                  | 2    | 312   | 422                 | 4-7  |
| Brick                           | 2                  | 4    | 211   | 210                 | 1-5  |
| Friedrichsfelde . . . . .       | —                  | —    | —   | 404                 | 12-7                                       |
| Friedrichshagen . . . . .       | 3                  | 4    | 212   | 330                 | 5-8  |
| Grinow . . . . .                | —                  | —    | 86  | 97                  | 6 1/4-7 1/4                                |
| Hermendorf . . . . .            | —                  | —    | —   | 29                  | 2-4 1/2                                    |
| Johannisthal . . . . .          | 1                  | 2    | 134   | 183                 | 4-7  |
| Gr.-Lichterfelde . . . . .      | —                  | —    | 316   | 507                 | 4-8  |
| Mariendorf . . . . .            | —                  | —    | 122   | 147                 | 12-5                                       |
| Mariensfelde . . . . .          | —                  | —    | —   | 58                  | 3-5  |
| Neuendorf . . . . .             | —                  | —    | —   | 110                 | 8-10                                       |
| Nieder-Schöneweide . . . . .    | —                  | —    | —   | 58                  | 9-11                                       |
| Rosowes . . . . .               | 3                  | 5    | 290   | 458                 | 4-8  |
| Ober-Schöneweide . . . . .      | 1                  | 2    | 198   | 429                 | 2-7  |
| Pankow . . . . .                | 2                  | 3    | 491   | 721                 | 11-8                                       |
| Reinickendorf . . . . .         | 1                  | 3    | 233   | 396                 | 3-8  |
| Rummelsburg . . . . .           | 1                  | 2    | 52  | 176                 | 4-8  |
| Schmargendorf . . . . .         | —                  | —    | —   | 74                  | 4-8  |
| Schönebeck-Fichtenau . . . . .  | —                  | 1    | 4   | 30                  | 2-4  |
| Steglitz . . . . .              | 1                  | 2    | 585   | 776                 | 4-8  |
| Stralau . . . . .               | 2                  | 2    | 107   | —                   | 5-7  |
| Tegel . . . . .                 | —                  | —    | —   | 299                 | 11-8                                       |
| Tempelhof . . . . .             | —                  | —    | 68  | 152                 | 8-12                                       |
| Treptow-Baumhulsenweg . . . . . | —                  | —    | 143   | 265                 | 4-8  |
| Waldmannslust . . . . .         | —                  | 2    | 42  | 154                 | 7-4  |
| Neu-Weichensee . . . . .        | 3                  | 6    | 623   | 810                 | 4-7  |
| Wilmsdorf . . . . .             | 1                  | 3    | 293   | 783                 | 10-2, 4-8                                  |
| Zehlendorf . . . . .            | —                  | —    | —   | 176                 | 4-8  |

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ist somit in zwei Jahren von 23 auf 43, d. h. um 87 Proz., gestiegen; die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen vermehrte sich von 4450 im Jahre 1900 auf 8199 bei den diesjährigen Wahlen, d. h. um 84,3 Proz. Gewiß ein außerordentlicher Erfolg. Immerhin darf nicht außer acht gelassen werden, daß von den 28 hier aufgeführten Vororten Berlins fast die Hälfte, nämlich 13, noch ohne sozialdemokratische Gemeindevorsteher sind. Andererseits wäre in der Aufzählung unser Vorort Lichterberg nicht zu vergessen, wo in diesem Jahre keine Wahlen stattfanden. In Lichterberg sind bei den letzten Wahlen der Landgemeindevorsteher zum Troz alle acht Sitze der dritten Abteilung von Sozialdemokraten besetzt worden. An sieben Orten beteiligte sich die Partei 1900 noch nicht an den Gemeindevahlen.

Es würde zu weit führen, wollten wir aus jedem Orte die Schwierigkeiten aufzählen, die sich der sozialdemokratischen Propaganda entgegenstellten. Nur einige seien erwähnt. Durch Saalverweigerungen hatten sich die Gegner vor allem hervor in Adlershof, Hermendorf, Gr.-Lichterfelde, Mariendorf, Mariensfelde, Neuendorf, Nieder-Schöneweide, Tempelhof und Waldmannslust; an allen diesen Orten war kein einziger Saal zur Abhaltung einer Wählerversammlung zu haben.

Auch der Aufstellung von Hausbesitzer-Kandidaten stellten sich vielfach unüberwindliche Hindernisse entgegen, so in Grinow, Hermendorf, Mariendorf, Mariensfelde, Pankow, Reinickendorf, Rummelsburg, Schmargendorf, Schönebeck, Stralau, Tegel, Tempelhof und Wilmsdorf. In manchem dieser Orte wäre und der Sieg auch der „angeseheneren“ Kandidaten sicher gewesen, wenn es der Partei gelungen wäre, solche zu finden. In Rummelsburg und Pankow mußte wegen des Fehlens eines sozialdemokratischen Hausbesitzers Wahlenthaltung proklamiert werden; in Wilmsdorf und Schmargendorf wurden die auf den sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen einfach für ungültig erklärt. Es scheint aber, daß mit dem Vordringen der Sozialdemokratie auch diese uns entgegengetretenen Hindernisse ganz allmählich überwunden werden.

Sehr groß waren auch die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß die Ortsbehörden die Wahlzeit ungünstig festsetzten. Nur an 13 Orten von den aufgeführten 28 wurde bis 8 Uhr abends, also bis zu einer Zeit gewählt, wo der Arbeiter einigermassen im Stande ist, seiner Wahlpflicht nachzukommen; an vielen Orten, so in Brick, Hermendorf, Mariendorf, Mariensfelde, Schönebeck, Tempelhof und Waldmannslust legte man die Wahlhandlung auf Tagesstunden fest, wo die meist auswärtig beschäftigten Arbeiter nur unter beträchtlichen pekuniären Verlusten an dem Wahlteilnehmen konnten.

Anherordentlich kraß tritt an vielen Vororten die Begünstigung des Besitzes durch das Klassenwahlrecht hervor. Die Zahl der Wähler in den einzelnen Klassen ergibt sich aus folgender Tabelle. Es sind Wähler vorhanden in der

| Ort                             | 1. Kl. 2. Kl. 3. Kl. |        |        |
|---------------------------------|----------------------|--------|--------|
|                                 | 1. Kl.               | 2. Kl. | 3. Kl. |
| Adlershof . . . . .             | 11                   | 116    | 1486   |
| Brick . . . . .                 | 13                   | 230    | 1200   |
| Friedrichsfelde . . . . .       | 28                   | 165    | 1347   |
| Friedrichshagen . . . . .       | 70                   | 504    | 1858   |
| Grinow . . . . .                | 2                    | 32     | 450    |
| Hermendorf . . . . .            | 25                   | 84     | 450    |
| Johannisthal . . . . .          | 11                   | 46     | 580    |
| Gr.-Lichterfelde . . . . .      | 197                  | 406    | 8512   |
| Mariendorf . . . . .            | 25                   | 87     | 1020   |
| Mariensfelde . . . . .          | 4                    | 36     | 247    |
| Neuendorf . . . . .             | 3                    | 2      | 870    |
| Nieder-Schöneweide . . . . .    | 18                   | 27     | 408    |
| Rosowes . . . . .               | 75                   | 340    | 1465   |
| Ober-Schöneweide . . . . .      | 1                    | 15     | 1382   |
| Pankow . . . . .                | 35                   | 465    | 3485   |
| Reinickendorf . . . . .         | 16                   | 142    | 2515   |
| Rummelsburg . . . . .           | 4                    | 86     | 2800   |
| Schmargendorf . . . . .         | 2                    | 52     | 599    |
| Schönebeck-Fichtenau . . . . .  | 14                   | 32     | 187    |
| Steglitz . . . . .              | 83                   | 461    | 3506   |
| Stralau . . . . .               | 5                    | 18     | 193    |
| Tegel . . . . .                 | 3                    | 38     | 1078   |
| Tempelhof . . . . .             | 10                   | 88     | 1484   |
| Treptow-Baumhulsenweg . . . . . | 3                    | 21     | 1135   |
| Waldmannslust . . . . .         | 6                    | 64     | 560    |
| Neu-Weichensee . . . . .        | 156                  | 343    | 4573   |
| Wilmsdorf . . . . .             | 292                  | 737    | 4489   |
| Zehlendorf . . . . .            | 26                   | 132    | 1438   |

In diesen Zahlen liegt ein besonders wertvolles Agitationsmaterial gegen die heutige „Ordnung“ des Klassenstaates Preußens, denn

nichts läßt die schreiende Ungerechtigkeit unserer Zustände wohl klarer hervortreten, als die Tatsache, daß ganz wenige Geldprogen, die jumeist rücksichtslos ihr Klassenverrecht annehmen, im Stande sind, den Willen der großen am Bedeuten des Ortes interessierten Masse in jeder Beziehung niederzuzwingen. So lange dies Klassenverrecht der Reichen besteht, müssen alle Phrasen von der sozialen Gerechtigkeit, alle salbungsvollen Lobphrasen auf den „Segen der sozialen Gerechtigkeit“ in den Reihen der Entrechteten einem Hohnlachen begegnen. Nicht zum wenigsten dieser Klasse Widerspruch zwischen Worten und Taten ist es, der die Masse der Bevölkerung der Sozialdemokratie zuführt und die dritte Wählerklasse mehr und mehr zu ihrem Dominium macht. Die dritte Klasse der Sozialdemokratie, diese Lösung wird bei künftigen Wahlen auch dort wirken, wo wir heute noch keine Erfolge erringen haben.

### Aus Industrie und Handel.

Das internationale Schiffsfahrtskartell wird, nach einer vom „Berl. Tagebl.“ an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigung, von drei Mitgliedern geleitet, von denen das eine vom englisch-amerikanischen Syndikat, die beiden andern von der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd repräsentiert werden. Die Abmachungen beziehen sich auf die Befreiung der Passagier- und Frachtraten für den nordatlantischen Verkehr, sowie auf Herstellung einer gewissen „Interessengemeinschaft“. Diese äußert sich in einer gegenseitigen Gewinnbeteiligung, die aber nur einen beschränkten Umfang haben soll. Ganz überflüssig wird wieder betont, daß die deutschen Gesellschaften bei den Verhandlungen den größten Wert darauf gelegt haben, sich die volle Selbständigkeit zu erhalten. Ihr Prinzip sei, über die etwa auftauchenden Streitfragen mit dem englisch-amerikanischen Syndikat zu einer freien Verständigung zu gelangen unter ausschließlicher Ausschließung jeder Majorisierung. Die freie Verständigung wird in einer dazu gewählten Kommission herbeigeführt werden, die nach Bedarf zusammentritt, und in der die drei Interessenten gleichmäßig vertreten sein sollen. Die große Betonung der Selbständigkeit der deutschen Schiffsfahrts-Gesellschaften macht bei dem Eingehen eines solchen Vertrages nur einen komischen Eindruck. Bei solchen Vereinbarungen handelt es sich nur darum, wer den größten Vorteil für sich erlangt hat; darüber zu urteilen gehört eine ausführliche Bekanntgabe des Vertrages.

Der Norddeutsche Lloyd hat gemeinschaftlich mit der Firma Krupp Ruhrgebiet-Kohlenfelder erworben, deren Aufschließung alsbald erfolgen soll. Der Lloyd nimmt zu dem Zweck eine Anleihe von 10 Millionen Mark auf. Die große Schiffsfahrts-Gesellschaft macht sich durch diese Erwerbung vom Kohlenyndikat unabhängig, die Firma Krupp besitzt schon seit Jahren eigene Kohlenwerke.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat hat die Verträge mit dem Coalsyndikat und dem Bequetts-Verkaufsverein auf ein Jahr verlängert. Zu dem Rechnungsbildbericht für März tritt abermals gegen den Monat vorher eine Winderhöhung ein. Die Förderung betrug 3 667 510 Tonnen gegen 4 298 889 Tonnen im demselben Monat des Vorjahres. Gegen die Beteiligungsziffer ist eine Einschränkung von 22,02 Proz. eingetreten. Der Höchstprozentfuß, der bis jetzt erreicht ist. Die Direktion bemerkt hierzu:

Neben dem Darniederliegen der Gewerbetätigkeit in allgemeinen seien es die infolge des milden Winters auf Lager gebliebenen großen Bestände, die einen besseren Absatz entgegenstünden, außerdem aber der Umstand, daß am 1. April d. J. bekanntlich billigere Kohlenpreise eingetreten seien und daß daher im März nur das allernotwendigste bezogen wurde. Diese großen Bestände seien leider auch Veranlassung gewesen, daß gerade die größten Händlerfirmen des Kohlenyndikats wesentlich geringere Mengen gegen das Vorjahr mit dem Syndikat abgeschlossen hätten. Wenn auch wohl nicht daran zu zweifeln sei, daß der thätigliche Bedarf den Zufuhr weiterer Mengen demnächst notwendig machen würde, so würde dieses doch nicht eher eintreten, als bis die großen Lager einigermassen gelichtet seien. Die Beschäftigung in der Eisenindustrie habe ansehnlich eine weitere Besserung erfahren, in dessen sei der Mehrverbrauch an Kohlen doch noch nicht so bedeutend, um eine durchschlagende Wirkung für den Absatz des Kohlenyndikats im allgemeinen auszuüben.

Die Kohlenproduktion. Im März dieses Jahres betrug die Förderung in Deutschland an Steinkohlen 8 177 451 Tonnen (im März vorigen Jahres 9 206 673 Tonnen), Braunkohlen 3 196 294 Tonnen (3 700 078), Coals 719 452 Tonnen (863 432), Wärfels 642 988 Tonnen (747 616). Vom Januar bis März ist gegen das Vorjahr die Produktion der Steinkohlen von 27 238 335 Tonnen auf 25 080 178, der Braunkohlen von 11 027 244 Tonnen auf 10 205 395, des Coals von 2 483 010 Tonnen auf 2 099 439 und der Wärfels von 2 177 274 Tonnen auf 2 040 312 zurückgegangen. Die Ziffern geben deutlich den weiter anhaltenden Rückgang der Konjunktur an.

Gewerkschaftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Metallwarenfabrik A.-G. Waer u. Stein beziffert ihren Reingewinn auf 187 491 M. (im Vorjahre 176 655 M.). Dividende 10 Proz. (11 Proz.). Die Aktiengesellschaft Schäffer u. Walder zahlt in diesem Jahre keine Dividende. Die Schaller Herd- und Ofenfabrik J. Kupperstich gab ihren Reingewinn auf 578 298 M. an. Dividende 11 Proz. Die Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft berechnet für das Halbjahr vom 1. Juli 1901 bis 31. Dezember 1901 ihren Reingewinn auf 450 397,71 M. Dividende 10 Proz. Die Berliner Panorama-Gesellschaft hatte einen Reingewinn von 36 940 M. Dividende 3,4 Proz. Der Berliner Spediteur-Berein verzeichnet einen Reingewinn von 87 291 Mark (143 696 M.). Dividende 5 Proz. für Vorzugsaktien und 4 Proz. für Stammaktien (8 Proz.). Rig u. Genest beziffern ihren Bruttogewinn auf 604 640 M. Dividende 9 Proz. (11 Proz.). Die Höfster Fabrikwerke vorm. Reister, Lucius u. Brüning warfen einen Reingewinn von 4 406 922 M. (4 764 601 M.) ab. Dividende 20 Proz. Die Niederlausitzer Kohlenwerke erzielten 878 457 M. Bruttogewinn. Dividende 8 Proz. (12 Proz.).

### Der Krosigk-Prozess.

Gumbinnen, 21. April. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung teilt Obertribunalpräsident Scheer mit, es werde heute abend 7 Uhr eine nochmalige Ortsbefestigung bei Beleuchtung vorgenommen werden, da der Nord befamlich gesehen sei, als es bereits dunkel und die Reithahn erkundet war. Herr Scheer richtet sodann an die Berichterstatter die Mahnung, möglichst sachlich und ausführlich zu berichten, die Presse, die in dieser Weise verfähre, werde das Ansehen, das sie bereits besitze, erhöhen. Als erster Zeuge wird der Unteroffizier Biemer in den Saal gerufen. Dieser macht einen so besorgenen Eindruck, daß ihn der Vorsitzende wiederholt fragt, ob er krank sei. Präsident Scheer: Sie brauchen hier nicht krank zu stehen und sollen auch nicht sagen „zu Befehl“, sondern in ruhiger und ausführlicher Weise erzählen, was Sie wissen. Sie stehen hier nicht vor der Front, sondern als Zeuge vor Gericht. Uebereinstimmend mit andern Zeugen bekundet Biemer sodann, daß am 19. Januar zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags die Reithahnkühe mehrfach von Unbefugten geöffnet worden sei. Mitmeister v. Krosigk sei darüber sehr ungehalten und bemüht gewesen, die betreffenden Personen festzustellen. Die Angeklagten Marten und Hidel bemerken auf Befragen des Verhandlungsleiters, daß sie zu dieser Zeit im Dienst waren. Unteroffizier Futtermeister Fehler bekundet, Mitmeister v. Krosigk habe Hidel für die ordnungsmäßige Beleuchtung der Ställe verantwortlich gemacht; Hidel sei in seiner Eigenschaft als Quartiermeister von dem Mitmeister gelobt, wegen seines Reitens aber getadelt worden. Zeuge ist der Meinung, Marten wäre am 21. Januar verpflichtet gewesen, zum Besten zu gehen. Der Mitmeister habe, wenn er zugegen war, über die einzelnen Abteilungen naturgemäß das Kommando gehabt. Er habe es auch jedenfalls als erforderlich erachtet, daß

der Lehrer der Abteilung, und dies war Marten, bei den Reithahnübungen zugegen sein mußte. — Der Dragoner Werner, dem der Arababer Nr. 99 gehörte, mit welchem der Mitmeister erschossen wurde, bekundet, daß der Arababer mittags noch auf dem Korridor am richtigen Ort gestanden habe. Als der tödliche Schuß fiel, sei er, Zeuge, in der Reithahn gewesen.

### „Zu Befehl!“

Unteroffizier Ehrenreich antwortet auf die Fragen des Vorsitzenden auch jumeist mit „zu Befehl“. Der Präsident bemerkt: Sie haben hier nicht zu sagen „zu Befehl“, sondern offen und frei zu sagen, was Sie wissen. Sie stehen hier nicht vor der Front, sondern als Zeuge vor Gericht. Der Präsident bemerkt auch zu diesem, wie zu allen andern Zeugen, die in den früheren Verhandlungen als Zeugen vernommen worden sind: Sie verpflichten die Richtigkeit Ihrer Aussagen auf den bereits in der früheren Verhandlung geleisteten Eid? Die Zeugen bejahen dies. Ehrenreich hält es auf Befragen des Präsidenten für möglich, daß Marten auf den Mitmeister Krosigk einen heftigen Schrei gehabt habe.

Die Befreiten Simber und Vogel bekunden übereinstimmend, daß sie, als sie am 21. nachmittags Posten standen, Civilpersonen auf dem Kasernenhofe nicht gesehen haben. Dasselbe bekunden der frühere Dragoner, jetzige Landwirt Westphal und der Unteroffizier Klendt.

Gefreiter Rimpus hat die eintretenden Civilpersonen passieren lassen, weil sie in einem andern Bereich als dem seinen waren. Klendt bemerkt, er habe am 21. Januar als Gefreiter Posten aufgeführt. Es seien nur zwei Posten am Thor 1 und 2 aufgestellt gewesen. An der Porte im Wettergann habe kein Posten gestanden. Präsi: War diese Porte offen? — Zeuge: Nein, sie war vernagelt. — Präsi: War die Porte auch am Tage des Nordes vernagelt? — Zeuge: Ich glaube, sie war immer vernagelt. — Präsi: Es konnte also eine Civilperson durchgehen? — Zeuge (zögernd): Ich weiß nicht, manchmal war sie auch nicht vernagelt. (Heiterkeit.) — Präsi: Ob die Porte am Tage des Nordes vernagelt war, wissen Sie nicht? — Zeuge: Nein. — Konditor Damade bekundet: Am 21. nachmittags habe er den Schneider Kahlhuth in der Kaserne betruht und sei ungebühdert hinein und herausgelommen. Einige Unteroffiziere brachten die Nachricht von dem Morde in sein Lokal. Es wurde gesagt, der Mitmeister habe vielleicht den blauen Brief erhalten und wollte deshalb unter seinen Dragonern sterben. Auf der Straße sprangen die Dragoner

### vor Freude in die Luft

und riefen: Hurra, morgen wird Begräbnis gefeiert. Der alte Wachtmeister Marten, der auch hierzu kam, stellte die Leute deshalb vor Rede und sagte: Es ist eine Schande für die ganze deutsche Armee, daß ein solches Verbrechen vorgekommen ist.

Nachmittags wurden in sehr eingehender Weise Kriminalkommissar v. Bäckmann und Kriminalhauptmann Richter aus Berlin als Zeugen vernommen. Sie bekunden im wesentlichen daselbe wie in der früheren Verhandlung. Bäckmann erklärt auch heute, daß er erst, als er zur zweiten Verhandlung nach Gumbinnen kam, erfahren habe, in der ersten Verhandlung sei Stoppel nicht verurteilt worden, weil er zu dem Vize-Wachtmeister Schneider und dem Bedarmen Melzer andre Angaben gemacht habe. Er wiederhole, er habe vorausgesehen, daß auf Stoppel eingewirkt werden würde. Deshalb habe er Stoppel gesagt, er solle sich von niemand ausfragen lassen und nur dem Richter die Wahrheit sagen. Verteidiger Durward fragt: Haben Sie diese dem Stoppel gegebene Unterweisung in der ersten Verhandlung oder zu den Akten mitgeteilt? Zeuge: „Nein.“ v. Bäckmann giebt auf Befragen des Rechtsanwalts Horn zu, daß er nach der früheren Verhandlung einen anonymen Brief aus Gumbinnen nach Berlin erhalten habe. In diesem habe gestanden, Marten und Hidel seien nicht die Mörder. Er habe den alten Marten, Hidel oder Marten für den Briefschreiber gehalten. Kriminalinspektor Braun in Berlin habe behauptet, der Brief sei von Frau Hidel mit der linken Hand geschrieben. Ein Schreibfachverständiger habe dies als unzutreffend erklärt. Der Zeuge giebt zu, daß er zu Donmig gesagt habe, er sehe da wie ein Delphie, Hidel sehe bereits mit einem Fuß im Grabe, bei Donmig werde dieser Fall auch sehr bald eintreten. Es erfolgte wieder eine eingehende Besichtigung der Reithahnkühe durch die Ställe. Damit ist für heute die Verhandlung beendet.

### Gewerkschaftliches.

#### Gegenströmungen der christlichen Gewerkschaften.

Von Berlin aus macht sich gegenwärtig wieder die Richtung unter den katholischen Vereinen lebhaft bemerkbar, die der politisch neutralen und religiös konfessionslosen Stellung der christlichen Gewerkschaften abhold ist. Die politisch neutrale Stellung der christlichen Gewerkschaften ist von uns nie ernst genommen worden, wohl aber haben sich die katholischen Führer der Gewerkschaften bemüht, Toleranz in Bezug auf die konfessionellen Gegensätze zu üben. Ihre Taktik entsprach den gegebenen Verhältnissen, spalteten sich die christlichen Gewerkschaften, dann waren sie gänzlich zur Ohnmacht verurteilt, so haben sie es wenigstens zu einem leidlichen Fortschritt gebracht. Aber die katholischen Führer hatten mit einer anderen Gefahr zu rechnen. Die orthodoxen Würdenträger der katholischen Kirche konnten nicht zugeben, daß in den Vereinen ihrer Gläubigen die konfessionellen Unterschiede beiseite geschoben werden, oder gar der legerische Standpunkt Anhänger findet, in den Gewerkschaften hätte die Befämpfung der Sozialdemokratie zu schweigen. Höher als alle Aufgaben der sozialen Fürsorge steht die Propaganda der Kirche, wurde den „irreführenden“ Gewerkschaftsführern Brust, Gießbert u. a. zugerufen und in dem Sinne Klang der Bannfluch aus, der von Paulus gegen die christlichen Gewerkschaften geschleudert wurde. Ganz haben sich die Führer der christlichen Gewerkschaft dieser Weisung nicht unterworfen, die Disharmonie ist aber längst wieder durch die Stellung der Gewerkschaftsführer zur Postfrage zurückgedrängt. Trotzdem hat man von Berlin aus im stillen den Gegenfang geföhrt. Die katholischen Arbeitervereine Norddeutschlands haben seiner Zeit im strengen Gegenfang zu der westdeutschen christlichen Gewerkschaftsbewegung den Standpunkt betont, daß besondere Gewerkschaftsorganisationen nicht zu empfehlen seien, die fachgewerblichen Angelegenheiten sollen durch Fachabteilungen in den katholischen Vereinen erledigt werden. Von diesen Grundsätzen in die Bewegung in Berlin geleitet und nimmere hat sich die Propaganda durch eine von hier betriebene Agitation hervorragender Führer, darunter befindet sich auch Herr v. Savigny, über ganz Deutschland ausgedehnt.

Die „Glabbacher Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ist mit dieser Propaganda der Berliner Führer sehr unzufrieden, denn sie wittert nicht mit Unrecht einen Zwiespalt für die christlichen Gewerkschaften. Desgleichen drückt die „Köln Volksztg.“ ihre Unzufriedenheit aus, sie fällt über die Berliner Gegenströmung folgendes Urteil:

„Unre Stellung zu einem derartigen Plane brauchen wir kaum noch einmal darzulegen, nachdem wir es schon wiederholt getan haben. Die christlichen Gewerkschaften sind da, sie haben, wenn man die Eisenbahnerverbände hinzurechnet, etwa 200 000 Mitglieder. Es hat keinen Zweck und kann nur Verwirrung stiften sowie Wasser auf die Mühle der „freien“ Gewerkschaften treiben, wenn man jetzt den Versuch machen will, mit einer neuen Organisation der alten in die Parade zu fahren. Der katholische Charakter dabei lockt uns in keiner Weise. Läßt man andre Stände in Ruhe, wenn sie ihre Ständeinteressen auf nicht-konfessioneller Grundlage betreiben, so möge man auch die Arbeiter in Ruhe lassen, wenn sie das gleiche thun.“

Wir halten die Reaktion gegen die christlichen Gewerkschaften bedeutender, als es die „Kölnische Volkszeitung“ glauben machen will, das Centrum kann nicht mit einer Gewerkschaftsbewegung paktieren, die es erst mit ihren Aufgaben meint. Vor allem muß der Streik als ein Mittel, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, von den konsequenten Führern der Berliner Bewegung



Reichstag.

170. Sitzung vom Montag, den 21. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Servistarif und die Klassen-einteilung der Orte sowie Abänderung des Gesetzes betreffend die Bewilligung von Wohnungsgeld-Zuschüssen.

Abg. Hofmann (Dillenburg (natl.)): Die Vorlage hat zwei Seiten. Mit dem neuen Servistarif sind wir im großen und ganzen einverstanden. Besonders freuen wir uns über die Berücksichtigung des platten Landes. Was zweitens die Bemessung der Wohnungsgeldzuschüsse anlangt, so sind wir der Meinung, daß diese Bemessung nach andern Grundsätzen erfolgen dürfte als die Bildung der Servisklassen. Ich kann im Namen meiner Freunde erklären, daß wir das in der Vorlage angewandte Verfahren als ein dauerndes für unhaltbar ansehen und ablehnen werden. Wir fordern die prinzipielle Trennung von Wohnungsgeld-Zuschuß und Tarifklassen. Positive Vorläufe habe ich heute nicht zu machen. Vielleicht wäre es angebracht, 1/2 der tatsächlich bezahlten Miete zurückzuerhalten; ein Fortschritt würde auch darin liegen, wenn der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten mit und ohne Familie verschieden berechnet würde. Das jetzige System ist eine von der Regierung selbst künstlich geschaffene ewige Quelle der Erbitterung und Mißstimmung unter den Beamten. — Ich beantrage im Namen meiner Freunde die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission oder eventuell an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Singer (Soc.):

Ich schließe mich dem Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission an; sie ist jedenfalls die geeignetste Kommission dazu, weil sie die finanzielle Lage, mit der diese Vorlage eng in Zusammenhang steht, am besten beurteilen kann. — Mit dem ersten Teil der Vorlage sind wir ganz einverstanden. Wir sind aber ebenfalls der Meinung, daß wir uns nicht mit der Vereinfachung einiger Orte in höhere Servisklassen und der Aufhebung der 5. Servisklasse begnügen können. Die Jagd nach dem Geld, in eine höhere Servisklasse zu kommen, wird eingeschärft, wenn überhaupt vernünftige Wohnungsgeld-Zuschüsse existieren. Nun sagt die Regierung, trotzdem vor fünf Jahren im Reichstag und auch bei der Regierung Einverständnis darüber herrschte, daß andere Grundsätze für die Wohnungsgeldzuschüsse gefunden werden müssen, daß diese Reform jetzt nicht vorgenommen werden könne und verschärft ihre ablehnende Haltung noch dadurch, daß sie sagt, das Gesetz soll künftig nur von 10 zu 10 Jahren revidiert werden. Einer der Gründe dafür, daß das vorige Mal die fünfjährige Revision in das Gesetz aufgenommen wurde, war ja gerade, daß man nach Ablauf der 5 Jahre die Gelegenheit benützen wollte, um eine vollständige Neuorganisation der Wohnungsgeldzuschüsse herbeizuführen. Es ist charakteristisch für die Auffassung der Regierung, daß sie ein Gesetz, das vor 30 Jahren gemacht ist, noch heute für maßgebend hält. Sie scheint der Ansicht zu sein, daß sich seit dreißig Jahren in Deutschland nichts geändert hat in den wirtschaftlichen Verhältnissen, nach denen doch ein vernünftiger Wohnungsgeld-Zuschuß berechnet werden muß. In Berlin, das eine Ausnahmestellung genießt, beträgt der Wohnungsgeld-Zuschuß nach der Vorlage für die unteren Beamten 240 M. Die Regierung muß doch selbst wissen, daß diese Beamten von ihrem Gehalt unmöglich so viel zuliegen können, um eine ihren Ansprüchen genügende Wohnung zu erhalten. Sie werden direkt auf das Holten von Schlafbrüden hingewiesen, und die Schäden des Schlafstellenwesens brauchen wir ja heute nicht erst nochmals zu erörtern. Berlin genießt aber, wie gesagt, noch eine Ausnahmestellung, in den Städten der Provinz sind die Zuschüsse noch viel geringer. Ich frage Sie, wie sollen Unterebene in großen und mittleren Städten mit einem Wohnungsgeld-Zuschuß von 180 bis herab zu 72 M. auskommen? Eine Verbesserung wird nun darin gesucht, daß Orte aus der niedrigen in die höhere Servisklasse gerückt sind. Das ist aber gar nicht richtig. Der Wohnungsgeld-Zuschuß muß berechnet werden nach den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Justiz-Vorlage der Regierung wird ja hoffentlich verhindert werden, von den vertriehen und habgierigen Forderungen des Bundes der Landwirte ganz abgesehen. Die Regierung aber mußte, als sie die Servisvorlage machte, von der Annahme ausgehen, daß ihr Justiz-Gesetz werden würde. Dann wäre die Folge eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und damit zwingen Sie die Beamten, mehr Geld für die Nahrung auszugeben und es an der Wohnungsmiete abzusparen. Weshalb ist denn die Vorlage so unzureichend? Weil wir Millionen und Abermillionen für Militarismus und Marinismus ausgegeben haben, und deswegen für Kulturzwecke kein Geld haben. Ich hoffe, daß die Kommission sich an die Arbeit machen und das leisten wird, was man von ihr verlangen muß: eine gründliche Reform des Wohnungsgeld-Zuschusses. Wünschenswert ist ferner noch die Gleichstellung einer Reihe Bezirke und Bezirke mit Berlin. Dort sind die Wohnungsmieten, wenn auch nicht teuer, so doch mindestens ebenso hoch wie in Berlin. Wo gleichartige wirtschaftliche Verhältnisse vorhanden sind, müssen auch gleiche Wohnungsgeldzuschüsse gezahlt werden. Hierzu rechne ich auch noch die Industriestädte. Dort besteht ein Wohnungsmangel und die Folge ist die Steigerung der Mietpreise. Ich hoffe, daß in der Kommission sich die Möglichkeit finden wird, die großen Mängel, an denen die Regierungsvorlage leidet, zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schaffmeister (fr. Sp.):

Der Herr Abg. Singer sagte, das erste, was man von einem Wohnungsgeld-Zuschuß verlangen könnte, ist, daß er vernünftig sei. Ich unterbreite das vollkommen; nur läßt sich über den Begriff „vernünftig“ streiten. Nach der Ansicht des Abg. Singer z. B. würde nur der Zuschuß vernünftig sein, der die ganze Wohnungsmiete deckt, während der Abg. Hofmann einen Zuschuß von drei Vierteln der Miete verlangte. Als der Zuschuß eingeführt wurde, war man sich klar darüber, daß es nur ein Zuschuß sein sollte. Gegenüber den Ausfahrungen der beiden Vorredner möchte ich an etwas erinnern, was von ihnen nicht berührt worden ist, nämlich, daß wir seit der ersten Vorlage betr. den Wohnungsgeldzuschuß unsere Beamten eine Reihe Zulagen in den verschiedensten Formen gewährt haben, so z. B. in Gehaltserhöhungen. Wenn nach der neuen Klassen-einteilung für einzelne Orte noch Ungerechtigkeiten bestehen sollten, so wird die Kommission ja die Aufgabe haben, derartige Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Den Herzenswunsch des Abg. Singer, daß der Zuschuß erhöht werden soll, kann ich sehr wohl verstehen; wenn nur die Mittel dazu vorhanden wären! Die Finanzlage des Reiches hat sich sehr ernst gestaltet und wird sich in diesem Jahre noch ernster gestalten. Ich möchte Sie bitten, auch dieses Moment in Ihren Beratungen nicht unberücksichtigt zu lassen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Wenn die Regierung nicht gründlicher reformieren wollte, als es diese Vorlage tut, weshalb hat sie dann die großen Enquêtes veranstaltet, die statistischen Erhebungen, die Vergleiche zwischen Wohnungsmiete und Zuschuß usw.? Es wird im ganzen eine Erhöhung um 681 000 Mark verlangt. Das beträgt im Verhältnis zu der Gesamtsumme des Wohnungsgeld-Zuschusses 2 Proz., rechnet man den Servis, mit dazu ganz und gar nur 1 Proz. Das ist noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mit großer Entschiedenheit ist soeben vom Staatssekretär betont worden, es sollte ja nur ein Zuschuß sein. Was man aber dann verlangen kann, ist, daß der Zuschuß heute denselben Prozentsatz von der Miete darstellt wie 1873. (Sehr richtig! links.) Nun machte der Herr Staatssekretär auf die Erhöhung der Gehälter aufmerksam. Gewiß, das ist nicht zu bestreiten. Aber durch den Wohnungsgeld-Zuschuß sollen doch die Ungleichheiten beseitigt werden, die sich für dieselben Beamtenklassen aus der Verschiedenartigkeit der Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Orten ergeben. Man kann sich höchstens auf die Teuerungszulagen für die Postbeamten beziehen. Man verweist uns nun auf die finanzielle Lage, auf andere Gebieten aber läßt doch die finanzielle Lage die Verwirklichung aller möglichen Projekte zu. Die Unterhaltung der Besatzung in China kostet uns nahezu so viel wie der ganze Wohnungsgeld-Zuschuß für die Beamten. Unsere ganze Weltpolitik steht im Widerspruch zu der finanziellen Lage. — Die Hauptsache, daß wir zu keiner richtigen Normierung der Wohnungsgeld-Zuschüsse kommen, liegt in der unglücklichen Verquickung von Wohnungsgeld-Zuschuß und Servis. (Sehr richtig! links.) Mit der Ueberweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Dieser Kommission liegt zur Zeit auch die Vorlage betreffend eine Reichsgarantie für eine Bahn in Ostafrika von Dar-es-Salaam nach Morogo vor. Dort werden für 87 Jahre pro Jahr 700 000 M. gefordert. Diese Vorlage verlangt nur 681 000 M. Wenn man jene 700 000 M. wenigstens vorläufig spart, könnte man hier schon das Doppelte einsehen. Die Beamten wünschen dringend eine solche Verbesserung, während den Schwärzen in Afrika wenig an der Bahn gelegen ist (Heiterkeit), höchstens liegt diese im Interesse einiger Mitglieder der Kolonialgesellschaft. — Die Kommission wird auf jeden Fall eine gründliche Nachprüfung der Vorlage vornehmen müssen und vor allem auch den Termin für die Revision dieses Gesetzes erheblich heruntersetzen. Nach unserer Meinung wäre alle zwei Jahre eine solche Revision erforderlich. Im Hinblick auf die früheren Absichten der Regierung und die langen Vorbereitungen, die das Gesetz erfordert hat, kann ich nur sagen: Die Verge hatten sich auf und heraus kam nur ein winziges Märlein. Wir sehen jede Verantwortung ab, daß es so gekommen ist. (Bravo! links.)

Abg. Graf Noon (Soc.): Herr Singer sprach wieder einmal von den vertriehen und habgierigen Forderungen der agrarischen Presse. Sie wissen sehr gut, daß die agrarische Presse unsere Ansichten vertritt. Was würden Sie sagen, wenn wir bei jeder Gelegenheit von unverschämten und habgierigen Börsen- und Judenblättern reden würden. Was die Sache selbst anlangt, so sind auch wir für eine Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Die Verquickung der Servisklassen mit dem Wohnungsgeld wird sich auch nach unserer Ansicht auf die Dauer kaum aufrechterhalten lassen; ebenso halten wir den Termin von zehn Jahren für zu lang. Die Klassen-einteilung schlage ich vor, für einige Jahre en bloc anzunehmen, sonst könnte allerdings eine Verzögerung eintreten, wie sie Herr Richter schilderte.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die von uns aufgestellte Statistik beweist, daß man im allgemeinen wohl sagen darf, daß sich die Höhe der Wohnungsmieten der Beamten nach den Servisklassen richtet. So waren wir auf Grund des gesammelten Materials viel eher in der Lage, dem Wünsche des Reichstags zu entsprechen und bei der Abgrenzung der Orte in die einzelnen Servisklassen die tatsächlichen Wohnungsmieten zu Grunde zu legen. Die Höhe des Wohnungsgeld-Zuschusses kann nicht Gegenstand der Debatte bei dieser Vorlage sein, denn es handelt sich hier nicht um eine Novelle zum Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß. Sollten Sie ein solches Gesetz wünschen, dann würde ich Ihnen allerdings sagen müssen: Ihue Geld in Deinen Beutel, denn eine solche Vorlage wäre von außerordentlicher finanzieller Tragweite. — Ich bitte Sie, sich im großen und ganzen auf den Boden der Vorlage zu stellen und uns in der Kommission ihre Vorschläge zur anderweiten Klassen-einteilung und Bemessung der Wohnungsgeldzuschüsse zu machen.

Abg. Dr. Bachem (C.): Bei einer Anzahl von Städten ist bei Festlegung des Servistarifes das Wohnungsbedürfnis in Rücksicht gezogen worden, bei den meisten nicht. Deshalb sind wir zu einem Zwitterting gekommen, das weder ein guter Servistarif noch ein guter Wohnungstarif ist. Der vorliegende Tarif ist nicht geeignet, eine dauernde Regelung herbeizuführen. In drei großen Städten liegen die Verhältnisse besonders mißlich. Köln, Breslau und Leipzig müssen nun endlich in die Servisklasse A. Die Vorlage hat in dieser Beziehung wieder nichts getan. Der Antrag der en bloc-Akademie, wie sie Graf Noon beschwor, erscheint mir als eine bedenkliche Prozedur. Wir müssen die eingegangenen Petitionen sämtlich durcharbeiten. Servistarif und Wohnungsgeldzuschüsse müssen getrennt werden. Die früheren Vorlagen sind stets von der Budgetkommission mitberaten worden, es bleibt uns nichts übrig, als die Vorlage wieder der Budgetkommission zu überweisen, was ich hiermit beantrage.

Abg. Venzmann (fr. Sp.): Für den Westen paßt die ganze Klassen-einteilung nicht. Wir haben im Westen Städte mit weniger als 4- und 5000 Einwohnern, die ebensolche Teuerung und Wohnungsdnot haben, wie Städte mit 40 000 und 50 000 Einwohnern. Die Städte im Westen haben kolossale Kosten, sie zahlen auch den Kommunalbeamten viel höheres Servis wie das Reich. Hagen ist in die erste Klasse eingereiht, Lüdenscheid, Herforn, Alvena gehören aber auch in die erste Klasse, sie sind nicht hineingekommen wegen ihrer Einwohnerzahl, obwohl sonst dieselben Verhältnisse herrschen wie in Hagen.

Abg. Hoffmeister (fr. Sp.): Es muß sich darum handeln, aus gleichende Gerechtigkeit zu üben. Die Vorlage erscheint mir weiter davon entfernt, als der gegenwärtige Zustand. Die Grundzüge der Vorlage sind falsch. Die Berechnung nach der Einwohnerzahl führt zu großen Ungerechtigkeiten. Die Festlegung der Städte, insonderheit Glogau sind nicht genügend berücksichtigt worden. Hiermit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird der Budgetkommission über-wiesen. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend den veränderten Gerichtsstand der Presse (Abänderung des § 7 der Strafprozess-Ordnung). Nach der Vorlage soll § 7 der Strafprozess-Ordnung folgende Fassung erhalten:

§ 7. Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist.

Wird der Tatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt einer im Inland erschienenen periodischen Druckschrift begründet, so ist als das nach Absatz 1 zuständige Gericht nur dasjenige anzusehen, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Jedoch ist in den Fällen der Beleidigung, sofern die Verfolgung im Wege der Privatklage stattfindet, auch das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift verbreitet worden ist, zuständig, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Staatssekretär Nieberding:

Die Vorlage ist weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der veränderten Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser kritischen Frage der Forderung des Reichstags entgegenzukommen. Der Reichstag hat wiederholt in der Richtung der Vorlage Beschlüsse gefaßt. Ueber einen dieser Beschlüsse geht der Entwurf noch hinaus. Der Reichstag wollte seiner Zeit die Bestrafung des Gerichtsstandes zu Gunsten der Presse nur eintreten lassen zu Gunsten des Redakteurs, Verfassers, Verlegers und Druckers. Die Regierung war da-

gegen der Meinung, daß alle an einem Preßdelikt beteiligte Personen gleichartig behandelt werden müßten. Eine Ausnahme macht die Vorlage nur bei Privatklagen. — Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich übrigens erklären, daß die Regierung sich jenen Wünschen des Reichstags nur ungenügend hat, ohne sich keine Auffassungen zu eigen zu machen. Die Regierung kann es nicht anerkennen, daß der jetzige Zustand zu so erheblichen Unzulänglichkeiten geführt hat, daß eine Veränderung dringend notwendig gewesen wäre. Wenn also in der Presse Stimmen laut geworden sind, die den jetzigen Zustand für noch besser halten als die Vorlage, so würden die veränderten Regierungen, falls der Reichstag diesen pessimistischen Umwandlungen folgen sollte, nichts dagegen haben; wir ziehen das Gegenwärtige auch vor. Zugunsten ist allem, daß der gegenwärtige Zustand hier und da Ungleichheiten für die Presse haben kann, aber die Rücksichten auf die Presse allein können nicht maßgebend sein.

Abg. Dr. Esche (natl.): Die Vorlage wäre gar nicht notwendig gewesen, wenn der § 7 der Strafprozess-Ordnung immer richtig ausgelegt worden wäre. Eine Straftat muß naturgemäß da bestraft werden, wo sie begangen ist. Das steht auch in den Motiven der Strafprozess-Ordnung. Die Vorlage ist also nur von deklaratorischem Wert, sie schafft kein neues Recht, kann also auch niemals als ein Privileg für die Presse angesehen werden. Die Ausnahme, welche die Vorlage für Privatklagen wegen Beleidigung vorsieht, halte ich für durchaus glücklich. Dem Beleidigten muß davon liegen, daß in seinem Wohnort, wo das Schriftstück verbreitet worden ist, der Tatbestand der Beleidigung feststeht. Dagegen bedauere ich es sehr, daß auch durch die Vorlage noch kein einheitlicher Gerichtsstand geschaffen wird. Es bleibt neben dem Erscheinungsort des Preßergreifnisses auch der Wohnort des Täters als Gerichtsstand bestehen. Eine Kommissionsberatung der Vorlage halte ich für überflüssig. Ich kann schließlich noch konstatieren, daß das Verdict, diese Vorlage veranlaßt zu haben, meiner Partei zufällt; es war ein Antrag Büsing, der die Regelung dieser Materie zuerst verlangte. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. Spahn (C.): Eine Kommissionsberatung halte ich für nicht angebracht, da es sich um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Streitpunkten handelt, die sich außerdem noch auf einem Gebiet bewegen, das für die Öffentlichkeit großes Interesse hat, nämlich auf dem Gebiete der Presse. Die einzelnen Streitpunkte selbst werden ja in der zweiten Lesung ausführlich erörtert werden. So wird es sich darum handeln, ob es richtig war, die periodische Presse allein einzubeziehen und vor allem auch um die Frage des Gerichtsstandes des Wohnortes des Täters. Die in der Vorlage gemachte Ausnahme für Privatklagen halte ich für durchaus notwendig.

Abg. Beck-Coburg (fr. Sp.): Schon seit vielen Jahren hat es um den Absatz des § 7 einen heftigen Kampf gegeben und eine Änderung des § 7 wurde allseitig verlangt. Auf dem Hamburger Juristentage hat sich Professor Liszt ebenfalls für eine Änderung ausgesprochen, und es wurde dort eine Resolution angenommen, die sich für die Befreiung des fliegenden Gerichtsstandes aussprach. — Der Entwurf der Regierung beschränkt die Befreiung des fliegenden Gerichtsstandes auf die periodische Presse. Ich möchte mich dafür erklären, daß die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs auf alle Produkte der Presse ausgedehnt werden. Wir wollen, daß der Gerichtsstand ausschließlich bei demjenigen Gericht begründet ist, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist. Wenn auf einer Druckschrift der Druckort nicht angegeben ist, ist allerdings der Entwurf der Regierung nicht ausreichend. Es wird aber dann seitens der Polizei eingeschritten und es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, daß die diesbezüglichen Strafprozessparagrafen angewendet werden. Wir sind gegen die Kommissionsberatung und werden in der zweiten Lesung eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen. Der vorliegende Entwurf entspricht den Bedürfnissen in keiner Weise und es wäre besser, alles bliebe beim alten, als wenn dieser Entwurf Annahme finden würde. (Bravo! links.)

Staatssekretär Nieberding: An eine Abänderung der Vorlage durch den Reichstag haben die veränderten Regierungen gar nicht gedacht, da sie lediglich einen Verfall des Reichstags bei der zweiten Lesung der Strafprozess-Novelle aufgenommen haben. Es ist mir also auch nicht eingefallen, eine Dröhung auszusprechen, falls der Reichstag die Vorlage abändert, wie dies der Herr Vorredner meinte. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß der Regierung an der Vorlage selbst nicht sehr viel liegt.

Abg. Dr. Czerl (l.): Mit dieser Vorlage hat die Regierung übrigens den Standpunkt angegeben, daß vor der allgemeinen Revision der Strafprozess-Ordnung einzelne Materien nicht herausgegriffen werden dürfen. — Die Mißstände, welche der fliegende Gerichtsstand zur Folge hatte, sind ja so beläun, daß ich nicht anfänglich darauf einzugehen brauche. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, gewiß ein harmloses Blatt (Chol! links), ist auf Grund desselben an den verschiedensten Orten, auch in Hensburg und Apenrade angefaßt worden. Den ersten Satz der Vorlage nehmen meine politischen Freunde ausnahmslos an. Eine Ausdehnung auf die nicht periodischen Preßergreifnisse halte ich nicht für nötig, die Frage ist aber auch nicht so wichtig, um daran die Vorlage scheitern zu lassen. Viel umstrittener ist der zweite Satz. In ihm haben verschiedene Blätter eine Anhebung der Presse, ein Ausnahmegericht schlimmster Art gesehen, während andererseits die „Wälder Allgemeine Zeitung“ nach seiner Ablehnung ein Großziehen der Revolverpresse befürchtet. Beide Auffassungen scheinen nach meiner Meinung weit über das Ziel hinaus. Ich bin der Meinung, daß dieser zweite Satz in der That von der Presse als Ausnahmebestimmung empfunden werden muß, wenn er es auch nicht ist, er ist vielmehr nur eine beschränkte Wiederherstellung des geltenden Zustandes. Wird der Satz Gesetz, so wird Herr Moor in der Lage sein, die gesamte Presse nach Altona zu zitieren. Ich kann erklären, daß ein großer Teil meiner Freunde gegen die Vorlage stimmen wird, wenn der zweite Satz abgelehnt wird. Ich halte es aber nicht für richtig, an diesem Streitpunkt die ganze Vorlage scheitern zu lassen, denn wir dürfen uns der Thatfache nicht verschließen, daß sie eine erhebliche Verbesserung für die Presse bedeutet. (Bravo! rechts.)

Abg. Heine (Soc.): Der Staatssekretär hat uns zu verstehen gegeben, daß die Regierung diesem Entwurf mit dem Gefühl absoluter Zurücklässigkeit gegenüber steht. Er hat gesagt: „Wird der Entwurf nicht angenommen, um so besser.“ Wird der Entwurf, wie er vorliegt, nicht angenommen, so sage auch ich: „Um so besser!“ Ich bin hier einer von den wenigen, die an dem Entwurf den geringsten Teil der Vaterhaft haben und werde diese glückliche Position ausüben und erklären, warum es besser ist, wenn er nicht angenommen wird. Ich gebe zu, daß es für einen Richter schwer ist, die Gefahren, welche in diesem Entwurf liegen, zu erkennen. Der Entwurf schädigt die Presse mehr, wie er nützt. Ich bin nicht der Meinung des Herrn Staatssekretärs, es wäre nicht vorgekommen, daß der § 7 leichtfertig angewendet wäre. Das kam ich auf Grund der Erfahrungen in meiner Praxis als Verteidiger widerlegen. Ich erinnere z. B. nur an den Fall Graßmann. Graßmann ist wegen seiner Ueberzeugung des Vignori zu Gericht gezogen, bis er endlich in Bayern verurteilt ist. In München habe ich selbst folgenden Fall aus den Akten gesehen: Eine sächsische Staatsanwaltschaft fragte in München an, weshalb wegen einer Kritik des Ostbayer Urteils keine Anklage erfolgt sei und es findet sich in den Akten der Münchener Staatsanwaltschaft der Vermerk: „Die Staatsanwaltschaft habe sich



**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).**  
 Dienstag, den 22. April cr., abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 in „Sansonci“, Kottbuserstr. 4a:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes und Rechnungslegung.  
 2. Wahl des Vorstandes.  
 3. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über:  
 „Die beteiligten wir uns an der preussischen Landtagswahl“.  
 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Vorstand.** 242/15

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 in Schmidt Gesellschaftshaus, Gartenstraße 13.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Klees über den neuesten Entwurf des Rinderordnungs in gewerblichen Betrieben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Vorstand.**  
 Bei der großen Bedeutung, welche dieser Vortrag auch für die Frauen hat, sind letztere besonders eingeladen und werden für dieselben die Galerien reserviert.  
**D. C.**

**Socialdemokrat. Wahlverein für den 6. Berliner Wahlkreis.**  
 Donnerstag, den 24. April 1902, abends 8 1/2 Uhr.  
**Versammlung**  
 in den „Kaminhallen“, Bremerstraße 70/71.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die augenblickliche Situation unserer Organisations-Angelegenheit.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Vorstand.** 247/7

**Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).**  
 Am Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7-9:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Wahl des 2. Vorsitzenden. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Vortrag des Genossen Julius Kaliski über: „Bürgerrecht und Sozialreform“. 5. Diskussion.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.** J. K.: Carl Mars. 247/6

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Mittwoch, den 23. April 1902, abends 7 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45:  
**Branchen-Versammlung der Perlmutter-Arbeiter.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Tischler-Zunahme. Referent: Kollege Klingner. — 2. Kassier. — 3. Verhandlungsangelegenheiten. 82/10  
 Kollegen! Es ist eure Pflicht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
**Die Kommission.**

**Centralverband der Maurer etc.**  
 Zahlstelle Charlottenburg.  
 Dienstag, den 22. April 1902, abends 8 Uhr, im Lokal von A. Bauer, Berlinerstraße 86a:  
**Außerordentl. Mitgliederversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Wilh. Fritsch über: „Die heutigen Zustände auf den Baustellen und wie sind dieselben zu bekämpfen“. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Fortschritt der Verhandlungen. 4. Gewerkschaftliches.  
 Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen ist es moralische Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.  
 Deshalb erwartet recht regen Besuch  
**Die örtliche Verwaltung.** J. K.: Fr. Busse. 139/6

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
 Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal II:  
**Versammlung der Silberpolierer.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kol. Mahle. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Versammlung der Metallschleifer.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Das Recht auf Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Ortsverwaltung.** 114/3

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.** (Zahlstelle Berlin.)  
 Am Mittwoch, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße 23:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorstandsbericht. 2. Kaschenbericht. 3. Bericht von der Gaunferrens. 4. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 5. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 64/9  
 Pflicht der Mitglieder ist es, bei der wichtigen Tagesordnung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**+ Lichtbilder-Vorträge +**  
 über Schwangerschaft, Frauenschutz und Leiden.  
 Mittwoch, den 23. cr., für Männer, Admiralsstr. 18c.  
 Donnerstag, d. 24., für Frauen, Androssstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.  
 Gänge 20 Pf., 1 Broschüre. Ref.: prof. Ratschell. Grundmann.  
 Naturheilk. „Reform“ Kuranstalt Köpenickerstr. 72, Sprechst. 11-2, 6-8

**Centralverband der Maurer etc.**  
 (Zweigverein Berlin.)  
 Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**I. General-Versammlung**  
 des Zweigvereins (aller zum Wohngebiete gehörigen Verbands-Zahlstellen, sowie der Sektionen der Putzer, Kabinenputzer und Cementierer).  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Ergänzungswahl zum Ausschuss. 4. Stellungnahme zur Massier. 5. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Verbandsleitung.** 133/11

**Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“**  
 (Vereinsbureau: Kottbuser Ufer 44a).  
 Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kaschenbericht. 3. Statutenberatung auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung. 4. Verschiedenes.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
**Der Vorstand.** 106/19

**Voranzeige.**  
 Sonntag, den 27. April, vormittags 11 Uhr  
 im grossen Saale des Gewerkschaftshauses (Engel-Ufer 15)  
**Volks-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie entladen wir uns von den heutigen Nichtlasten? Referent: Reichstags-Abgeordneter Wend. 2. Diskussion. Der Einberufer. 288/8

**Achtung! Achtung! Komitees u. Vereine.**  
 Bei Abmachungen von Festlichkeiten im Lokal des Herrn Walter, Große Frankfurterstr. 117, weisen wir hierdurch hin, dass der Tanzmeister Herr Otto Wandt Mitglied untried Vereins ist, dagegen der dort auch beschäftigte Tanzmeister Paul Hassuth Mitglied untried Vereins ist und wir ihn deshalb empfehlen.  
**Der Vorstand des Tanzlehrer-Vereins „Solidarität“.** 200/1

**Achtung! Radfahrer!**  
 Heute Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, findet eine **Versammlung der Berliner Einkaufs-Genossenschaft bei Schultheiss, Alexanderstr. 23, statt.** 288/10  
 Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
**Die Geschäftsstelle Marsallustr. 19.**

**Achtung! Rixdorf.**  
 Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr  
 im Lokal von Thiel (früher Laukner), Bergstr. 151/52  
**Große öffentliche Versammlung aller in der Baubranche Beschäftigten.**  
 (Maurer, Maler, Zimmerer, Bauarbeiter, Glaser, Tapezierer, Steinsetzer, Tischler usw.)  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Bauarbeiterfrage in Preussen und die preussische Regierung. Referent: Genosse Gustav Lint. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 288/7  
**Das Gewerkschafts-Kartell.**  
 J. K.: Der Ausschuss.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.**  
 Gemäß § 56 a Abs. 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 67 des Statuts geben wir den Kassennmitgliedern hiermit bekannt, dass durch Verfügung des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 9. April d. Js. neben den bisher zugelassenen fortan noch folgende 36 Apotheken für die Versorgung der Kassennmitglieder mit Arzneimitteln zugelassen sind:  
**Für Berlin:**  
 Helwig, Kaiser Friedrich-Platz 2. Karko, Friesenstr. 19. G. Vogeler, Weinstr. 56. A. Friedländer, Brangelstr. 108. Reich, Adalbertstr. 16. W. Lehmann, Oppelnerstr. 38. A. Reichwage, Reichenbergerstr. 110. S. Schlesinger, Kaufstr. 1. Voigt's Wwe., Reichenbergerstr. 172. H. Hermann, Tauerstr. 1. C. Jaensch, Petzoldstr. 36. Kowalowski, Grüner Weg 102.  
**Für Charlottenburg:**  
 Dr. Dehmel, Anobelsdorferstr. M. Hermel, Hardenbergstr. 4/5. O. Rothe, Spandauerstr. 36. F. Well, Bismarckstr. 81.  
**Für Rixdorf:**  
 P. Gutzkow, Prinz Handjerystr. 53. Fr. Ziegen, Hermann-Platz 2.  
**Für Schöneberg:**  
 Georg Heygstor, Hauptstr. 62.  
**Der Vorstand.** E. Walze, Borslyender. 272/12

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechteste Gebisse.  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
 (Haus Schaarwächter) Sprechst. 9-7 Uhr. 119/7

**500 Teppichen**  
 in verschiedenen Größen und Qualitäten wird Dienstag, den 22., Mittwoch, den 23., Donnerstag, den 24., Freitag, den 25., und Sonnabend, den 26. April, nachm. von 2-7 Uhr in einem Lagerraum des Teppich-Fabrik-Fabrics, Hauptstr. 1, circa 40 Prax. unter bisheriger bekannt billigen Preisverhältnissen zum Verkauf gebracht. Der Verkauf dieser Teppiche, worunter sich große, schwere, elegante Salons, Wohn- und Speisezimmer-Exemplare befinden, welche nur als Muster-Teppiche gebraucht wurden, findet nur an genannten Tagen, nachmittags von 2-7 Uhr.  
**Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 5-6, Hof links 1 Treppe, hat.**

**Orts-Krankenkasse für das Barbier-Gewerbe.**  
 Dienstag, den 22. d. M., abends 9 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosen- thalerstr. 57:  
**Ordentliche General-Versammlung der Delegierten.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Protokollbesetzung. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Bericht der Revisoren. 4. Bericht über die Erhebung der Beiträge. Wahl eines stellvertretenden Vorstandes. 6. Kassennangelegenheiten.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
**Der Vorstand.**  
 J. K.: Klischmann, Borslyender.  
 Dienstag, 22. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Ballschmieder, Badstr. 16:  
**Vortrag.**  
 Nur Herren haben Zutritt.  
 Thema: „Die Stellung sogenannter Männerkassen durch das Rotteckverfahren“. Die Querschnitten und ihre Folgen. Ref.: H. Müller, Rotteckstr. 10, Gr. Frankfurterstr. 87.  
 Eintritt frei.

**Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.**  
 Gemäß § 56 a Abs. 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 64 des Statuts geben wir den Kassennmitgliedern hiermit bekannt, dass durch Verfügung des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 9. April d. Js. neben den bisher zugelassenen fortan noch folgende 36 Apotheken für die Versorgung der Kassennmitglieder mit Arzneimitteln zugelassen sind:  
**Für Berlin:**  
 Emil Rohde, Landberger Allee 152. Karl Brednow, Kiderstr. 121. Ernst Bachmann, Voßringstr. 50. Paul Evers, Simeonsstr. 52. E. J. Fischer, Rakanien-Allee 2. Herm. Hildebrandt, Schliemannstr. 13. Dr. Richter, Chausseest. 87. A. Rolke, Weidenburgerstr. 51. E. Schölknecht, Bismarck-Platz 1. R. Stolzenberg, Bräunlauder Allee 214. Herm. Niemyer, Kollodierstr. 1.  
**Für Charlottenburg:**  
 Dr. Dehmel, Anobelsdorferstr. M. Hermel, Hardenbergstr. 4/5. O. Rothe, Spandauerstr. 36. F. Well, Bismarckstr. 81.  
 Berlin, den 22. April 1902.

**Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.**  
 Gustav Knebel, Borslyender. H. Philippsohn, Schriftführer.  
**Bekanntmachung.**  
 Zur Wahl zweier Vertreter der Arbeiterkassen, an Stelle ausgeschiedener Vertreter in der General-Versammlung der unterzeichneten Kassen, werden sämtliche wahlberechtigte Arbeiterkassenmitglieder zu dem Zweck Bormahme der Wahl auf Dienstag, den 29. April cr., abends von 7 1/2 bis 8 Uhr in Obsts Festsaal in Schöneberg, Weiningerstraße 8, angefahren Wahllokale hierdurch eingeladen.  
 Für die Teilnahme an diesen Wahlen, welche geheim sind und durch Stimmzettel vorgenommen werden müssen, sind die gesetzlichen und kassenrechtlichen Bestimmungen maßgebend. 272/14  
 Im Ausschuss an diese Wahlversammlung findet ebenfalls am 29. April eine ordentliche General-Versammlung mit folgender Tages-Ordnung statt:  
 1. Abnahme der Jahresrechnung 1901.  
 2. Besondere Angelegenheiten der Beamteten.  
 3. Annahmestellung von dem Stande der Angelegenheiten, Ausscheiden der Receptur Friedenau.  
 4. Freiwillige Krankenkassentrolle.  
 5. Verschiedenes.  
 Schöneberg, den 18. April 1902.  
 Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Schöneberg und Friedenau.  
 H. Müller, Borslyender.  
 Fr. Marx, Schriftführer.

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware**  
 6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckerlein: Braunerstraße 9, Braunstraße 19, Falkensteinstr. 28, Kaufstr. 2.

**Eigene Confection. Elegante Costümröcke enorm billig**  
 in Tuch, Idellein, Kammergarn und Cheviot, 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., Seidendamast 25 M., Alpaca 4,50 M., 6 M., bis 30 M., weisse Cheviot und Pique 3, 5, 7-15 M.  
**Jaketkleider elegante Façons** in Idellein, Reversibel, Cheviot, Covercoat und Gombesnu 39870\* 15 M., 20 M., 25 M.  
**Bolerokleider Saccokleider Blusenkleider** letzte Neuheit 12 M., 15 M., 18 M.  
**Seidenblusen** 6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M. Vlieshemden 1,75 M., 2,50 M.  
**Golfsapes** 6 M., 8 M., 10 M. Schwärze, glatte u. Bekleidungs Capes und Kragen 10 M., 12 M., 15 M.  
**Jakets, Sackpaletots, moderne Façons** in vorzüglichem Stoff und tadelloser Verarbeitung 10 M., 12 M., 15 M., 20 M.  
**Sielmann & Rosenberg BERLIN.**  
 Kommandanten-Strasse, Ecke Lindenstrasse.  
**Maassanfertigung. Backfisch. Saccos u. Jafetos 10 M.**

**Dr. Schünemann,** Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 1/3, 1/6-1/8.

**Orts-Krankenkasse für Charlottenburg:**  
 Dr. Dehmel, Anobelsdorferstr. M. Hermel, Hardenbergstr. 4/5. O. Rothe, Spandauerstr. 36. F. Well, Bismarckstr. 81.  
 Berlin, den 22. April 1902.

**Orts-Krankenkasse für Rixdorf:**  
 P. Gutzkow, Prinz Handjerystr. 53. Fr. Ziegen, Hermann-Platz 2.  
**Für Schöneberg:**  
 Georg Heygstor, Hauptstr. 62.

**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenspflege.  
**Eigene Werkstatt.** Eisenguss-Ordn.-u. Hilfs-Krankentassen Berlin C. (37623)\*  
**30. Finien-Strasse 30.**



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Matfeier.

Wie in jedem Jahre seit 1890, so rückt sich die Arbeiterklasse Berlins und der Vororte auch jetzt, um für die Ideale des Klassenbewußtseins in würdiger und eindrucksvoller Weise zu demonstrieren. Nach bisherigem Brauche wird auch diesmal am Vormittag des Arbeiter-Festertages von den einzelnen Berufsorganisationen und Gruppen eine Heerschaue über die Fortschritte auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit veranstaltet werden, während der Nachmittag die Männer, Frauen und Kinder des Klassenbewußtseins proletariats um die großen, von der Partei veranstalteten Festlichkeiten versammeln wird. Diese Einteilung des Festertages ist insofern zur allgemeinen Regel geworden, und nur wenige Organisationen haben auch den Nachmittag abgefordert vom großen Ganzen für sich gefeiert. Mögen nun auch verschiedene wohlwollende Gründe für diese Sonderveranstaltungen gesprochen haben, so meinen wir doch, und wie befinden uns in dieser Frage im Einverständnis mit der erdrückenden Mehrheit der Vertreter der Arbeiterklasse, daß es den Festlichkeiten einen einheitlicheren Geist würde, wenn auch die Organisationen, die den Nachmittag bisher noch für sich gefeiert haben, auf die Sonderfestlichkeiten verzichteten und sich einheitlich den großen Partei-Veranstaltungen anschließen. Für die verhältnismäßig geringe Zahl der hier in Betracht kommenden Vereine wäre das Opfer leicht, wenn von einem solchen überhaupt geredet werden kann; die großen parteigenösslichen Veranstaltungen würden dadurch aber an geschlossener Wirksamkeit erheblich gewinnen. Wir sind überzeugt, daß die Bitte, der wir hier im Namen aller in Betracht kommenden Faktoren Ausdruck geben, gern erfüllt wird, und daß am kommenden Matfeierabend, wie voriges Jahr schon in den meisten Fällen, die Nachmittags-Veranstaltungen einheitlich von der gesamten Klassenbewußten Arbeiterklasse besucht werden.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vorstandsbericht, außerdem Vortrag des Genossen Robert Schmidt über: Unsere demokratischen Forderungen.

Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hält heute abend 8 1/2 Uhr in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13, eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Riese über den neuesten Gesetzentwurf betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben spricht. Bei der großen Bedeutung, welche dieser Vortrag auch für die Frauen hat, sind letztere besonders eingeladen und werden für dieselben die Galerien reserviert.

Wahlverein für den 6. Wahlkreis Schönhäuser Vorstadt. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Theater, Kasanien-Allee 7-9: General-Versammlung: Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. Neuwahl des 2. Vorsitzenden. Vereinskassenangelegenheiten. Vortrag des Genossen Julius Kallisch über: Bürgerrecht und Sozialreform. Diskussion. Mitteilungsblatt legitimiert.

Ober-Schöneeweide. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kaufholt eine Versammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Koyke: „Lumpen und Bauer“. Bericht über die Zeitungsspedition. Vereinskassenangelegenheiten.

Kohales.

Die städtische Hilfsaktion.

Am Montagabend beschäftigte sich der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss mit der Frage, in welcher Weise am schnellsten und zweckmäßigsten den durch das Unwetter vom 14. April geschädigten Bürgern geholfen werden könne. Es wurde festgestellt, daß der Magistrat schon in einer Reihe von Fällen, namentlich bei kleinen Gewerbetreibenden, helfend eingegriffen habe. Im übrigen vermehrte man noch genügende tatsächliche Unterlagen, um den Umfang des Schadens beurteilen zu können. Der Ausschuss, der unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans tagte und an dem als Vertreter des Magistrats Oberbürgermeister Kirchner, Stadtdirektor Krause und Stadtrat Dr. Müller derg teilnahmen, fasste folgenden Beschluß: „Es wird ein Unter Ausschuss eingesetzt, bestehend aus den Stadtverordneten Raft, Liebenow, Maaz, Ruchow und Hingje, der Schaden feststellen und weitere Beschlüsse des Ausschusses vorbereiten soll. Schadenmeldungen würden an den Magistrat oder an eines der kommissionären Mitglieder zu richten sein. Die Schäden müssen genau nachzuweisen und im einzelnen spezifiziert sein.“ Wie mitgeteilt wurde, sind vom Präsidenten der Orange-Republik Steijn 500 M. mit dem Ausdruck des Bedauerns über das Unwetter und die Schäden für die davon Betroffenen beim Magistrat eingegangen.

Stadtrat Gustav Kaufmann hat am Montag früh um 8 Uhr die Maison de santé in Schöneberg verlassen und sich nach Friedrichsroda begeben.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin, Alexandrinenstr. 20, Gartenhaus, hat eine äußerst wertvolle Vermehrung ihres umfangreichen und jedermann kostenlos zugänglichen Literaturbestandes zu verzeichnen. Am 1. April wurde die mit Sorgfalt vorbereitete, 1200 Bände umfassende Geschäftsabteilung der allgemeinen Benutzung übergeben. Der 85 Druckseiten starke Katalog ist systematisch in 34 Unterabteilungen geordnet und erleichtert durch seine Einteilung die Heberfücht über das weite Feld der Geschichtswissenschaft. Neben den bekanntesten europäisch und Quellenwerken, wie Duden, Weber, Schloffer, Weder, Janssen, Lamprecht, Helmolt, den Generalstabswerten usw., finden sich die wichtigsten Einzeldarstellungen von Rommen, Curtius, Hanke, Schöfel, Delbrück, Treitschke, Giesebrecht, Scherr, Carlisle, Taine, Villagatay usw. An Reichhaltigkeit, namentlich in Bezug auf die neuere und die preisliche deutsche Geschichte, dürfte diese Sammlung kaum von einer anderen, dem großen Publikum gleich mühelos zugänglichen Bibliothek übertroffen werden. Der Besuch des Instituts ist jedem um so mehr zu empfehlen, als die mit der Bibliothek verbundenen Les- und Arbeitsräume mit 440 Zeitungen und Zeitschriften sowie einer umfassenden Nachschlageliteratur ausgestattet sind. Bibliothek und Lesehalle sind geöffnet an Wochentagen von 9 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr.

Die Alkoholisten der Irrenanstalt Taldorf sind in dem jetzt vom Magistrat veröffentlichten Verwaltungsbericht für das Etatsjahr 1900/11 zum erstenmal zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt. An dem ganzen Krankenbesuche der Anstalt, der sich in dem genannten Jahre auf 1000 Männer und 457 Frauen belief, war „Alkoholismus“ (chronisch oder akut) mit 314 Männern und 8 Frauen beteiligt, d. h. mit 31,4 bzw. 1,8 Proz. Unter den männlichen Alkoholisten wurden 67 bereits zum zweitenmal aufgenommen, 29 zum drittenmal, 16 zum viertenmal, 10 zum fünftenmal, 21 zum sechsten- bis zehntenmal, 2 zum zwölftenmal, 3 zum sechzehntenmal; unter den weiblichen 1 zum zweitenmal, 1 zum drittenmal. Betroffen waren alle Altersklassen, am härtesten jedoch das Alter 31-50 Jahre, mit 236 Männern und 8 Frauen. Der jüngste der in die Anstalt aufgenommenen Alkoholisten war noch nicht 20 Jahre alt, die beiden ältesten über 70 Jahre. Verheiratet waren 196 Männer und 2 Frauen, ledig 70 Männer und 1 Frau, die übrigen waren verwitwet, geschieden oder ehelos. Als geheilt oder doch gebessert konnten im Laufe des Jahres 210 Männer

und 5 Frauen entlassen werden. 54 Männer und 1 Frau wurden ungeheilt entlassen, 17 Männer und 1 Frau starben. An dem Krankenbesuch von 1510 Männern und 1368 Frauen, der am Ende des Etatsjahres in der Anstalt verblieb, waren die Alkoholisten mit 233 Männern und 11 Frauen, d. h. mit 15,4 bzw. 0,8 Prozent beteiligt.

Zum Fall Kästner. Es erregte belamlich einiges Aufsehen, als wir am 30. März die wunderliche Zuschrift veröffentlichten, in der ein Anonymus mitteilte, daß er den Diebstahl eines Geldbrieves verübt habe, wegen dessen ein Herr Kästner in Leipzig unrichtig verurteilt worden sei. Dem Schreiben war ein Geldbetrag beigegeben worden, der dem angeblich unschuldigen Kästner, wenn dieser auffindbar wäre, überreicht werden sollte. Jetzt lesen wir in einem Dresdener Blatt die folgende Meldung:

Durch die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ist jetzt festgestellt worden, daß der an den „Vorwärts“ gerichtete anonyme Brief, in dem sich der Anonymus als den Verbrecher bezeichnete, der 1878 einen an Frau Kästner in Leipzig adressierten Geldbrief seines Inhalts von 25 100 M. beraubt habe, um den seiner Zeit wiederholt bestrafte Kaufmann Kästner als unschuldig verurteilt hinzustellen, von dem hier wohnenden Kästner selbst durch Vermittelung einer hier wohnhaften Frau in Leipzig zur Post gegeben worden ist. Kästner behauptete anfänglich, dem an den „Vorwärts“ gerichteten Briefe vollkommen fern zu stehen und keine Ahnung zu haben, von wem derselbe herkäme. Nach Ermittlung der betreffenden Frau gab er aber zu, den Brief mit Kenntnis von dessen Inhalt in der erwähnten Weise befohlen zu haben; nur will er den Brief nicht selbst geschrieben, sondern von einem „Unbekannten“ mit der Beilung erhalten haben, ihn dem „Vorwärts“ einzusenden. Verschiedene Widersprüche, in die sich Kästner angeden verwickelte, lassen nach dem Polizeibericht seinen Zweifel, daß das ganze Manöver mit dem Briefe auf Kästner als Urheber zurückzuführen ist.

Wenn der Fall, was nicht unwahrscheinlich ist, sich so verhält, wie hier mitgeteilt worden, so verdient Kästner schon wegen der Blumpheit, mit der er operierte, bestraft zu werden. Der Grund seines wunderlichen Vorgehens scheint darin zu liegen, daß er mit einer hiesigen Versicherungsgesellschaft, die ihm mißtraut, wegen Auszahlung einer Unfallversicherung prozessiert und nun durch den nach überflüssiger Verechnung seine Unschuld dokumentierenden Brief beweisen will, ein wie harmloser Knabe er sei.

Eine wesentliche Verschärfung der Hundesperre ist neuerdings durch das Polizeipräsidium angeordnet worden. Die Eisenbahnbeamten haben die Anweisung erhalten, im Fern- und Vorortverkehr Hunde, auch wenn für dieselben ein Viset gelöst ist, nach den Bahnhöfen nicht hinaufzulassen, falls nicht die Eigentümer der Tiere im Besitze von polizeilichen Ausführungsscheinen aus dem Seuchengebiet sich befinden. Bestern wurden zahlreiche Ausfühler, welche ihre Hunde nach den Vororten mitnehmen wollten, von der Bahnhöfen aus oben genanntem Grunde ausgeschlossen. Es sei darauf hingewiesen, daß polizeiliche Ausführungsscheine auf jedem Polizeibureau unentgeltlich ausgestellt werden.

Die Polizei und die Arbeiterklasse. Wir teilten kürzlich mit, daß ein Parteigenosse, der am 20. März vor dem Arbeitsnachweis der Mühlentänner in der Gartenstraße ruhig seine Pflicht als Parteiverleiher ausgeübt hatte, von Polizeibeamten bestraft und in seinem nützlichen und notwendigen Wirken — es handelte sich darum, Arbeiter vor Streikbruch zu bewahren — gehindert worden war. Kammmer hat unser Parteigenosse vom Polizeipräsidium eine auf den hohen Betrag von 30 Mark lautende Strafverfügung erhalten, die damit begründet wird, daß beim Verteilen der Streikzettel ein Aufsatz entstanden sei. Natürlich deutet unser Parteigenosse gar nicht daran, dem Verlangen des Polizeipräsidiums Folge zu leisten; er will eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen und hierbei hören, wie bürgerliche Richter sich zu der für unsre heutigen Zustände bezeichnenden Angelegenheit stellen.

Der 70. Geburtstag des bekannten Mediziners Prof. v. Leyden ist am Sonntag durch ein großes Festbankett in der Philharmonie begangen worden.

Durch 15 Messerstiche wurde Sonntagabend ein Klempnergehilfe Fritz Deutert in der Schweinmörderstraße lebensgefährlich verwundet. Deutert ist bekannt mit der Familie eines Händlers Rechner, der von seiner Frau getrennt lebt. Diese ist zu ihrer Mutter in der Schweinmörderstraße zurückgezogen. Ihr Mann beobachtet nun dieses Haus, um gegen seine Frau Material für eine Scheidungsklage zu sammeln. Als er Deutert aus der Wohnung seiner Schwiegermutter kommen sah, stellte er ihn zur Rede. Deutert wollte sich nicht mit ihm einlassen. Darüber wurde Rechner so wütend, daß er seinem Gegner gegen 15 Stiche in den Kopf, den Hals, die Brust u. dergl. beibrachte. Der Messerstecher wurde verhaftet, der Verwundete nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. Man fürchtet, daß er den heutigen Tag nicht überleben werde. — Der Arbeiter Standhals Janig verletzte heute nacht vor dem Hause Weidenweg 12 ohne jede Veranlassung den Diener Fritz Stellmacher durch einen Messerstich erheblich an der Stirn und ergriff darauf die Flucht. Er wurde jedoch in der Rüstlerstraße von mehreren Personen eingeholt und durch Schläge am Kopf verletzt.

Lebensgefährliche Brandwunden erlitt am Sonntagmittag die dreijährige Käthe Vofel, Tochter des Schuhwarenhandlers Vofel, bei einem Brande, der in Abwesenheit der Eltern in deren Wohnung im 1. Stock des Hauses Bergmannstr. 13 ausbrach. Als die Feuerwehre erschien, brannten Betten, Kissen, Körbe u. a. Das kleine Mädchen hatte schwere Brandwunden im Gesicht, den Armen und am Oberkörper davongetragen und mußte auf ärztliche Anordnung sofort nach dem Krankenhaus gebracht werden. Ein zweites Kind ist unversehrt geblieben. Nach Aussage von Hausbewohnern soll es sich um eine Brandstiftung handeln; als der Tat verdächtig wurde der Wächter Gieseke, der in demselben Hause wohnt, von der Polizei festgenommen. Die Hausbewohner wollen den Verhafteten, der früher in der Vofelschen Wohnung bei seinen Eltern gewohnt hat, kurz vor Ausbruch des Brandes dort gesehen haben. Es wird angenommen, daß er noch Schlüssel zu der Wohnung besessen hat und, um einen Einbruch zu vermeiden, das Feuer vorläufig angelegt hat. Die entzündeten Hausbewohner hätten den Durschen geholfen, wenn die Eheleute ihn nicht abgeführt hätten.

Ein schreckliches Unglück ist Sonntag in Nordend durch unvorsichtiges Umgehen mit Sprengstoffen entstanden. Unter den Ausfühler, die sich dort aufhielten, befand sich auch der 23jährige Billy Tarun mit seiner 20 Jahre alten Frau Johanna Abrahamson, über deren Personlichkeiten sich näheres noch nicht feststellen ließ. Tarun soll erst vor kurzem aus Amerika hierher zurückgekehrt sein. Er besaß Nitroglycerin-Patronen, von denen er erzählte, daß man sie in Amerika zum Spengen der Bäume beim Anroden des Urwaldes gebrauche. Zwei dieser gefährlichen Patronen hatte er auch gestern auf den Ausflug mitgenommen. Am sogenannten Eingelassen zwischen Nordend und Wilhelmshagen holte er eine aus der Tasche, um sie am Grabenrand zu probieren. Vergeblich hat ihn seine Frau, die unheimlichen Dinger doch zu besitzeln. Tarun wollte aber von seiner Spielerei nicht ablassen. Kaum hatte er die Patrone aus der Tasche genommen, als sie explodierte. Die Wirkung des Sprengstoffes war entsetzlich. Tarun fiel um und rutschte vom Grabenrand in das seichte Wasser. Ihm waren beide Köpfe zerissen. Das Mädchen, dem beide Augen geblendet wurden, stürzte jämmerlich um Hilfe. Zwei Berliner Ärzte, Dr. Bernede und Dr. Panlow, die ihren Kollegen Dr. Wölghausen in Nordend besuch hatten, hörten

das Geschrei und eilten nach der Unfallstelle. Eine Menge Ausfühler liefen ihnen nach. Angesichts der Schwerleidenden kam es zu einer förmlichen Schlägerei unter dem Publikum. Die Verunglückten wurden zu Dr. Wölghausen gebracht und, nachdem sie hier Verbände erhalten hatten, mit einem Fuhrwerk in die königl. Klinik übergeführt. Hier mußte den Mann sofort ein Arm abgenommen werden. Dem Mädchen ist ein Auge ganz ausgefallen; ob das Licht des andren wenigstens zum Teil gerettet werden kann, läßt sich noch nicht sagen. Die Verunglückten sind beide noch nicht vernunftfähig. Auf den Unfall ist das Geschäft von einer Liebesbräutigam in Schönholz zurückzuführen.

Vermißt wird seit dem 12. d. M. die 28 Jahre alte Buchhalterin Helene Lehmann, die seit mehreren Wochen stellungslos war und ihre Wohnung, Wladimirstr. 32, am genannten Tage vermissen verlassen hat, ohne dahin zurückzukehren. Da die Vermißte in der letzten Zeit sehr niedergedrückt war, wird befürchtet, daß sie sich ein Leid angethan hat. Wer über ihren Verbleib etwas weiß, wolle dem nächsten Polizeirevier oder dem Hl. Emilie Schurr, Perlebergerstraße 26 partiere, Mitteilung machen.

Der nächste Lehrgang an der Hufeischlag's-Schmiede zu Charlottenburg beginnt Montag, den 2. Juni, vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorsteher Oberprocurator A. D. Brandt in Charlottenburg, Spreestraße 42, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. der Nachweis über Erlernung des Schmiedehandwerks, 2. ein polizeiliches Führungsattest. Unentgeltlich erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

Mondfinsternis. Am heutigen Dienstag, 22. d. M., findet, wie wir schon meldeten, eine totale Mondfinsternis statt, welche größtenteils auch in Berlin sichtbar sein wird. Der Mond geht an dem genannten Tage bereits total verfinstert um 7 Uhr 11 Minuten im Sternbilde der Jungfrau auf und verweilt vollständig im Erdschatten bis 8 Uhr 35 Minuten. Das Ende der Finsternis überhaupt fällt auf 9 Uhr 10 Uhr. In der vorhergehenden Nacht wird der Mond um Punkt 1 Uhr den Stern erster Größe Spica in der Jungfrau bedecken. Zur Beobachtung der Finsternis werden die optischen Hilfsmittel der Sternwarte der Urania dem Publikum von 7 bis 10 Uhr zur Verfügung stehen. Um 7 1/2 Uhr wird der Astronom der Urania Dr. Wraff einen kurzen, erklärenden Projektionsvortrag über „Finsternisse“ halten. — Auf der Treptower Sternwarte stehen die Sonntagsvortrage unter dem Zeichen der Mondfinsternis. Das Thema für den 5. Uhr-Vortrag lautet: „Worauf ist bei der Mondfinsternis am 22. April zu achten?“ In dem 7 Uhr-Vortrag gibt Direktor Ardenhold Anweisungen zum Fotografieren der Mondfinsternis“ und hält auf der oberen Plattform praktische Übungen ab. Wer im Besitze eines photographischen Apparates ist, wird gebeten, denselben mitzubringen, damit die richtige Einstellung und Probe-Aufnahme des Mondes nach dem Vortrag vorgenommen werden können. Mit dem Reflektorfaktor wird der Mond während der ganzen Woche bis 12 Uhr nachts den Besuchern gezeigt.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Aus der gestrigen Gewerbegeichtswahl gingen die von den Gewerkschaften aufgestellten 16 Kandidaten als Sieger hervor. Abgegeben wurden 1629 Stimmen. Gegner waren nicht vorhanden. Bei der Wahl der Arbeitgeber siegte die gegnerische Liste; unsre Kandidaten brachten es bis zu 27 Stimmen.

Aus Spandau wird uns geschrieben: Unter dem Verdacht, dem Socialdemokraten Jubel Material für seine im Reichstage vorgebrachten Beschwerden geliefert zu haben, ist in der Geschäftsbücherei hier selbst der Betriebsschreiber Knabe gekündigt worden; einer seiner Kollegen, der bereits durch Sammlung von Unterschriften für die Dankadresse an Pauli sich als besonderer Patriot erwiesen hat, soll dem Direktor, Major v. Lohrbusch, gegenüber den K. als das mutmaßliche Starnidel bezeichnet haben. Es braucht nicht erst besonders betont werden, daß die Herren in K. den „Falschen“ gefaßt haben. — In der Waldstraße wurde der Arbeiter Wilschke nach 20 1/2 jähriger Dienzeit entlassen, weil er nach der Denunziation eines sehr frommen Arbeitskollegen in Betriebe des feuergraphischen Verlags über die Reichstagsdebatten betr. die Spandauer Musterwerkstätten vertrieben habe. Somit sind die Pulverarbeiter glücklich davon befreit worden, die 3. April über den „Arbeitervertreter“ Pauli-Postdam zu erfahren.

Aus Schöneberg. Bekanntlich hatte der hiesige Socialdemokratische Wahlverein zu seiner auf den 18. März d. J. folgenden Monatsversammlung auch Frauen zur Teilnahme eingeladen. Die dem auch zahlreich erschienen waren. Jedoch der Mensch denkt und die Polizei leckt. Was in unserer Nachbarstadt Nordend den Bestand der Ordnung nicht gefährdete, in Schöneberg konnte es den an einer politischen Vereinsversammlung teilnehmenden Frauen schädlich sein. Und so mußten sie denn auf Intervention des ausschließlichen Beamten den Versammlungsraum verlassen. Auf die dagegen eingelegte Beschwerde ist dem Genossen Boltermann nun folgende Antwort gegangen: „Auf die Beschwerde vom 27. v. M. betreffend Ausschluß der Frauen aus der Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins am 18. März er. gerichtet Ihnen zum Bescheide, daß ich keine Veranlassung habe, gegen den die Kassa leitenden Beamten einzuschreiten, da er den gesetzlichen Bestimmungen gemäß gehandelt hat.“ — In unsre Frauen werden hoffentlich daraus die Augenwendung ziehen, daß sie um so eifriger den öffentlichen Versammlungen beizuwohnen müssen, damit sie das erreichen, was ihnen in geschlossenen Vereinen „von Befehes wegen“ verboten ist.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. April 1902. Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und schwachen südwestlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. 2. Spandau. Die Angelegenheit ist zur Veröffentlichung nicht geeignet.

Vorwort 323. Falls Sie sich nicht etwa zur Kassenzahlung verpflichtet haben, brauchen Sie gar nichts zu zahlen. — Frau G. Es würden die Eltern des Mannes mitleiden. Die Witwe erhält die Hälfte des Nachlasses. Ueberdies erhält sie als Frau alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitsgegenstände. Durch Testament können die Eltern auf Vorkaufsrecht gesetzt werden; es erhalten dann nicht die Hälfte, sondern ein Viertel des Nachlasses. — W. 25. 16. 1. In der Nachbarschaft (Küchenzeilen) beantragte ich Erlass eines Ausschlußurteils. 2. Durch das Ausschlußurteil werden die nicht gemeldeten Ansprüche ausgeschlossen. — P. 2. 35. Wenden Sie sich an den Magistrat. — M. 2. 26. Körperliche Fehler, die voraussichtlich zu einer Befreiung vom aktiven Dienst führen werden. — W. 2. 1. Ja. 2. Die Entlassungsgründe finden Sie auf S. 95 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken und 3. Falls keine abweichenden testamentarischen Vorschriften vorliegen, steht dem Erben die Auszahlung des Erbes mit dem Zeitpunkt seiner erreichten Volljährigkeit zu. 4. Wehrdienstverweigerung, Militärdienstverweigerung und bei Wehrdienstverweigerung des gesetzlichen Verzwehrs (Walter, Müller oder Bornum) sind zum Anspiegel erforderlich. — G. 2. 111. Wegen Befreiung des Zeugnisches mußte sich das Mädchen an das Polizeipräsidium wenden. Weiter verfahren Sie zur Freigabe des Antrags in der Regel 2 Monate. — K. 9. 3. Sie treten ab. — H. 2. 1. Dierschhof, G. 2. Friedrichshagen. Ja. — Otto Jafobi. Der Chef ist leider im Recht. Eine Klage ist ausgeschlossen. — O. 6. 19. 1. Sie können Strafanzeige wegen Bedrohung erheben. 2. Das Tragen eines Knechtens ist nicht strafbar. — G. 2. 112. Der Standesbeamte hat recht. Ein Mann wird mit Erlangter Volljährigkeit beiratsfähig. Großjährig wird man mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Jedoch kann man auf Antrag durch das Amtsgericht nach vollendetem 18. Lebensjahre für großjährig erklärt werden. Dem Betreffenden bleibt nur übrig,

ch mit einem Antrage auf Großjährigkeitsklärung an das Amtsgericht zu wenden, wenn er vor vollendetem 21. Lebensjahre betreten wird. — **Archiv.** 4. Voraussage für Erlangung der Altersrente ist, daß der Betreffende: 1. das 70. Lebensjahr vollendet hat, 2. eine Wartzeit von mindestens 1200 Beitragswochen hindurch versichert gewesen ist. Die Länge der Wartzeit ist für diejenigen Versicherten herabgesetzt, welche zu der Zeit, als die Versicherungspflicht für ihren Berufsstand in Kraft trat — für die Hausgewerbetreibenden der Tabakindustrie ist dieser Zeitpunkt der 4. Januar 1892, für die der

Textilindustrie der 2. Juli 1894, für Werkmeister, Lehrer, Techniker, Gelehrte und ähnliche Angestellte der 1. Januar 1900, für alle übrigen Gattungen Versicherungspflichtiger der 1. Januar 1891 —, das vierzigste Lebensjahr vollendet haben. Bei diesen werden nämlich für jedes volle Jahr, um welches ihr Lebensalter zu diesem Zeitpunkt das vollendete 40. Jahr übersteigt, ein Bogen und für den überschreitenden Teil eines solchen Jahres die weiteren Bogen, jedoch nicht mehr als 40, abgerechnet. Diese Abfertigung der Wartzeit erfolgt aber nur dann, wenn nachgewiesen wird, daß

solche Personen während der dem oben erwähnten Zeitpunkt (1. 1. 1891 oder 4. 1. 1892 oder 2. 7. 1894 oder 1. 1. 1900) unmittelbar vorangehenden 3 Jahre berufstätig, wenn auch nicht ununterbrochen, eine Beschäftigung gehabt haben, die versicherungspflichtig gemacht wäre, wenn schon damals die Versicherungspflicht eingeführt gewesen wäre. Dieser oft schon zu führende Nachweis ist jedoch erlassen, wenn für die betreffende Person innerhalb der ersten 5 Jahre nach dem erwähnten Zeitpunkt eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung für die Dauer von mindestens 200 Wochen bestanden hat.

Über den Inhalt der Anträge übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 22. April.  
**Cyrenhaus.** Der fliegende Holländer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Cyren-Theater (Kroll).** Geschlossen.  
**Schiller.** Der Probekandidat. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Urano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Der bestrafte Brudermord oder: Bring Gamlet aus Dänemark. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reising.** Duse-Gastspiel. Francesca da Rimini. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Wesien.** Ritt Schumann. Gastspiel. Fidele. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Residens.** Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reues.** Gastspiel des Pariser Ensembles vom Theatre du Palais Royal. Sacre Léonce. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Belle-Alliance.** Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weich.** Gannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Secessionstheater.** Delle's Pflanzengarten. Anfang 8 Uhr.  
**E. v. Holzogens.** Neues Theater (Neubau). Anfang 8 Uhr.  
**Schall und Rauch.** Secessionstheater. Amüsamente. — Strindberg-Gästspiel. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Cyrenus.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Unsre Don Juans. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Lyliata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Walsh.** Spezialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin auf Steljen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Vossage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Vossage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theaterjahr.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Täglich: Sternwarte.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Frühlingstage an der Riviera.**  
Invalldenstr. 57/62.  
**Tägl. Sternwarte.**  
Von 7.11 bis 9.45  
Beobachtung der Mondsternstern.

### Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Emilie Carola.**  
preisgekrönte Wiener Schönheit.  
**Gustav Bonné.**  
Humorist, mit sein. Schläger:  
Berlin sei ruhig, schrei hurra!  
Der kleine Cohn, der kleine Cohn,  
Der kleine Cohn ist da!  
16 erstklassige Nummern.

### Castans Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.  
**Zwergin mit Kinde**  
(einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!)  
**Der Boerenkrieg**  
(Boha, De Wat, Delarey, Kröger.)  
**Lebende Photographien.**  
Neu! humor-musikal. Quintett  
Kirchmeyer.

### Belle-Alliance-Theater.

Heute zum 117. Mal:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akte.  
Emil Sondermann, Ferd. Worms,  
Mizzi Birkenor, Rosa Marton.  
Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73.  
Täglich, Anfang 7 1/2 Uhr: Täglich.  
**Seine Kleine.**  
Am 28. April: Jubiläum der 100. Aufführung.  
Am 30. April: Abschieds-Vorstellung und Benefiz für Guido Thielscher.  
Am 1. Mai: Gastspiel der Schillerseer.  
**Der Herrgottschnitzer von Ammergau.**  
Der Sommer-Garten ist in oberbayerischer Art dekoriert.

### Palast-Theater

(früher Fein-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion Richard Winkler.  
**Riesen-Gastspiel.**  
Programm:  
Aufstehen der größten Schauspieler der Welt.  
Mit ungeheurer Heilerfolge:  
Erlolge alsabendlich:  
**Der grosse Schläger!**  
8 1/2 Uhr 8 1/2 Uhr  
**Eine Nacht im Ballhaus.**  
Schwank in 4 Akten von Strauß.  
Hänfling, Räder: Dr. Rich. Winkler.  
Hollborn, Pfarer: Rob. Dill.  
Lotte, Köchin: Franziska Kottler.  
Anfang präcise 7 Uhr.  
Entrée 30 Pf.  
Schluß dieser Saison:  
**Am 30. April 1902.**  
In diesem Tage haben sämtliche Ehren- und Freikarten zum letzten Male Gültigkeit.

### Schall und Rauch

(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Abends 8 Uhr  
Gastspiel von Emanuel Reicher.  
**Serenissimus-Zwischenspiele**  
**Strindberg-Cyclus u. a.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungsort Berlin  
**Internationale Konzerte**  
von 5 Künstler-Kapellen.  
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung  
Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.

### Central-Theater.

Heute zum 124. Mal:  
7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr.  
**Das süße Mädel.**  
Operette in 3 Akten von Landberg und Stein. Musik von Reinhardt.  
Sonntag, 27. April, nachmitt. 3 Uhr  
**Der Bettelstudent.**  
Fräulein Hilda Marsin u. G.  
Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.  
**Casino-Theater**  
Katharinenstr. 37.  
Gastspiel Antonio Agoston in  
„Berlin auf Steljen“ u.  
Urkomisch! — Entzückend!  
Anfang Wochent. 8. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Sonntagmorgen, 4 Uhr: Diensthote.  
Spezialitäten. — Weihnachte.

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungsort Berlin  
**Internationale Konzerte**  
von 5 Künstler-Kapellen.  
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung  
Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.

### Metropol-Theater

Emil Thomas a. G.  
Henry Bender Josef Josephi  
Anna Müller-Linke  
Fritzi Georgette Frid-Frid  
**Unsre Don Juans**  
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz  
in 4 Akten von Leon Treptow.  
Musik von Franz Roth, Adolf Ferron und Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Unsre Don Juans.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:  
Acht ausgezeichnete Spezialitäten.  
Um 9 Uhr:  
**Lysistrata**  
mit dem Luftballett „Grigolatis“.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Strandbergstr. 16.  
**Lamm und Löwe.**  
Schwank in 4 Aufzügen v. A. Schreiber.  
Heute: Tanzkränzchen.  
Mittwoch:  
Mannchen oder Das böse Fräulein.

### Reichshallen.

Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochent. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

### Cirkus Busch

Dienstag, 22. April, Abends 7 1/2 Uhr.  
Grosse Vorstellung.  
**Klondike.**  
Orig. Pantomime des Cirkus Busch.

### Louis Kellers Festsäle

Roppenstr. 29.  
Heute, Dienstag:  
**Lebte Soiree der „Norddeutschen Sänger“**  
(Fährmann, Horst, Waldo).  
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. 38792\*  
Nach jeder Soiree:  
**Familien-Kränzchen.**  
— Bond haben Gültigkeit. —  
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kastanien-Allee.

### Schmöckwitz Gashaus zur Palme

(Endstation der „Störn“-Dampfer)  
Telephon:  
Inhaber: Hermann Peter, Grünau Nr. 39.  
Empfehle mein alldemontirtes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferzüge, Regelschienen, große Kesselschiffe. Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. (35772\*)

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hütt.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

### H. & P. Uder,

Berlin 80. 16, Engel-Ufer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34872\*

### Sie werfen Geld fort!

wenn Sie immer Ihre Cigaretten zu teuer einkaufen. Machen Sie nur meine beliebten „Havanillos“, 500 Stk. nur 7 M., 1000 Stk. nur 13 M., franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen! Garantie: Umtausch oder Zurücknahme! Unzählige Worte der Anerkennung von Pfarern, Lehrern, Förstern, Landwirten u. c. Bestellen Sie bitte sofort postfrei und Haus 500 Stk. für 7 M., 1000 Stk. für nur 13 M. bei **Rud. Tresp, Cigarettenfabrik, Neustadt (Wehrhufen) H. 88.** [\*

### Wintergarten.

Heute:  
**Das glänzende Ballett**  
und 16 Spezialitäten.  
**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Säger**  
Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

### Kenner Rauchen

## Zenith

### Cigaretten.

Stempel, Fabrik von 187502\*  
**Robert Hecht,**  
Berlin S., Cranienstr. 142.  
Liefert schnell und billig alle Arten Stempel in jeder Ausführung.  
Kautabak-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

### Robert Hecht,

Berlin S., Cranienstr. 142.  
Liefert schnell und billig alle Arten Stempel in jeder Ausführung.  
Kautabak-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

### Louis Kellers Festsäle

Roppenstr. 29.  
Heute, Dienstag:  
**Lebte Soiree der „Norddeutschen Sänger“**  
(Fährmann, Horst, Waldo).  
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. 38792\*  
Nach jeder Soiree:  
**Familien-Kränzchen.**  
— Bond haben Gültigkeit. —  
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kastanien-Allee.

### Schmöckwitz Gashaus zur Palme

(Endstation der „Störn“-Dampfer)  
Telephon:  
Inhaber: Hermann Peter, Grünau Nr. 39.  
Empfehle mein alldemontirtes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferzüge, Regelschienen, große Kesselschiffe. Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. (35772\*)

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hütt.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

### H. & P. Uder,

Berlin 80. 16, Engel-Ufer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34872\*

### Sie werfen Geld fort!

wenn Sie immer Ihre Cigaretten zu teuer einkaufen. Machen Sie nur meine beliebten „Havanillos“, 500 Stk. nur 7 M., 1000 Stk. nur 13 M., franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen! Garantie: Umtausch oder Zurücknahme! Unzählige Worte der Anerkennung von Pfarern, Lehrern, Förstern, Landwirten u. c. Bestellen Sie bitte sofort postfrei und Haus 500 Stk. für 7 M., 1000 Stk. für nur 13 M. bei **Rud. Tresp, Cigarettenfabrik, Neustadt (Wehrhufen) H. 88.** [\*

### Großes Theater- u. Balltotal,

Saal 400, Garten 1500 Personen fassend, mit Theaterbühnen, große und kleine Vereinszimmer, 150, 80 und 60 Personen fassend, Hallen, Schaufel, Schießstand, feste feitzbare Regelschienen, 6 Jahre in feigler Hand mit gutem Erfolg geführt, wegen Uebernahme eines Grundstücks zu verkaufen.  
**Bräuerer bißt.**  
Anstalt: Zeitungspedition Mars, Kastanien-Allee 96. 39332

### Zur Maifeier

und andren Festlichkeiten empfehle:  
per 100 Stk.  
Rote Ketten mit Radel „R. 3.“ 2,50  
Maifeier-Polsteren „ 2,50  
Blagen-Radeln, einfach, mit den Bildnissen unserer Führer 5,50  
Blagen-Radeln, doppelt, mit d. Bildn. u. Führer Wappen, einfach, mit den Bildn. unserer Führer 4,80  
Cigarettenpfeifen Ia. Federstiel, u. d. Bildn. u. F. 1,50  
Muster gegen 50 Pf. in Briefmarken. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.  
**Hermann Richter,**  
19055 Sebantz I. S.

### Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Strasse 2.  
Bereits Kranze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

### Gchte Filzhüte

neueste Moden  
größte Auswahl  
erstaunlich billige Preise  
auch Einzelverkauf  
im Special-  
Hut-Engroslager  
Rene Königsstrasse 48, 1 Treppe,  
nächt dem Alexanderplatz.

### Stettiner

Jubiläums-  
**Pferde-Lotterie**  
Hauptgewinne:  
**15 Equipagen, complet bespannt**  
und zusammen  
**100 Reit- u. Wagenpferde**  
25 Damenfahrräder  
40 Herrenfahrräder  
150 goldene Medaillen  
5000 Paar silb. Esslöffel  
ms. 5313 Gew. Worth Mark  
**200,000**  
Orig.-Loose à 1 M., 11 Loose = 10 M.,  
Porto u. Gewinnliste 20 Pfg. empfiehlt  
**Carl Heintze**  
Berlin W., Unter den Linden 3.  
**Charlottenburg.**  
F. Kunstmann, Wallstr. 1.  
**Uhren und Goldwaren!**  
Grossartige Auswahl!  
Billigste Preise! — Heelle Garantie!

### 42 Millionen M.

Bargeldine, darunter Hauptgew. v.  
600 000, 300 000, 210 000, 200 000  
180 000, 150 000 u.  
kommen in einem Jahre bei  
59 Ziehungen durch die Post-  
gesellschaft „Germania“ zur Ver-  
loosung. Keine Klassenlotterie, keine  
Bericht des Patentlose. Gefällig er-  
scheint! Kein Schwundel! Großg. er-  
höchste Ziehungen: 1. Mal.  
Monatsbeitrag nur 5 M. pro  
Rügelbillet. — Annahmestellen  
beschriftet F. Mecklenburg sub No. 95  
Berlin O. 17.

### Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.  
Kunstst. bis abends neun. (39052\*)  
**Dr. Simmel,** Prinzenstr. 41.  
Spezialarzt für 17/13\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.  
**Grüner Fingerring**  
und versch. Schmuckstücke zum frei  
**Scholz' Festsäle,** Krawitzstr. 24.

### Centralverband

der Handels-, Transport-  
und Verkehrsarbeiter  
**Deutschlands.**  
Hierdurch diene den Mitgliedern  
zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Max Schröder**  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute Dienst-  
tag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr  
von der Charte aus nach dem  
Egertsdorferhof, Müllerstraße-Ende  
Stettin statt. 67,8  
Um recht zahlreiche Beteiligung  
bittet **Die Ortsverwaltung.**

Am 17. April verstarb durch Ab-  
sturz, als Opfer seines Berufs, der  
Klempner 21136  
**Otto Goergens**  
im Alter von 27 Jahren.  
Seine feinen Andenken!  
**Die Kollegen der Firma H. Stand.**  
Wilmersdorf.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 23. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Schönberger  
Friedhofs, Krawitzstr., aus statt.

### Deutscher

**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Codes - Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Arbeiter  
**Joh. Gäsche**  
nach längerer Krankheit am 18. d. M.  
gestorben ist. 114,4  
Seine feinen Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 22. April, nachmittags  
5 1/2 Uhr auf dem Emmaus-Friedhof.  
Rege Beteiligung erwartet.  
**Die Ortsverwaltung.**

### Danksagung.

Hiermit sagen allen Freunden, Be-  
kaanten und Verwandten, vor allem  
dem Centralverband der Arbeiter, für  
ihre liebevolle Teilnahme, die sie  
meinem lieben Ramme, dem Arbeiter  
**Hermann Schmidt**  
erwiesen haben, sowie für die reichen  
Beihilfen meinen innigsten Dank.  
**Witwe Schmidt nebst Kindern.**

### Einladung.

**Donnerstag, den 24. April 1902,**  
abends 8 1/2 Uhr,  
findet im „Gewerkschaftshaus“,  
Engelallee 15, Saal V, eine  
**Ordnung**  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Klassen-  
mitglieder u. Arbeitgeber  
der  
**Orts-Krankenkasse**  
des **Maurergewerbes**  
statt.

### Tages-Ordnung:

1. Vorlegung des Verwaltungsberichts  
und Rechnungsabschlusses für das  
Jahr 1901.
2. Bericht des Ausschusses über die  
vollzogene Rechnungsprüfung und  
Beifügung der Abnahme  
der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Ent-  
schädigung für die Klassenmitglieder  
des Rechnungsab schlusses.
4. Bericht resp. Beratung und Beschluß-  
fassung in Sachen der Abänderung  
des Statutens.
5. Verschiedene Mitteilungen des Vor-  
standes. 18466\*

Berlin, den 16. März 1902.  
**Der Vorstand.**  
**A. Dache,** Vorsitzender,  
Mühlstr. 17.  
**A. Kelpin,** Schriftführer,  
Demminstr. 25.

Reine Wohnung befindet sich jetzt  
**Aronprinzen-Ufer 4 part.**  
**Dr. Mainzer,** Hygienearzt.  
Sprengstraße 3—4. 21055

Ich habe mich **C. Seydelstr. 7**  
(am Spittelmarkt) als Spezialarzt  
für Hals- und Nasenkrankheiten  
niedergelassen.  
**Dr. Arthur Meyer,**  
Hauptstr. Amt I. 8308.  
Ich habe mich **C. Seydelstr. 7**  
als **Augenarzt**  
niedergelassen.  
**Dr. Hugo Feilchenfeld,**  
Hauptstr. Amt I. 8308.

Ich habe mich **C. Seydelstr. 7**  
(am Spittelmarkt) als Spezialarzt  
für Hals- und Nasenkrankheiten  
niedergelassen.  
**Dr. Arthur Meyer,**  
Hauptstr. Amt I. 8308.  
Ich habe mich **C. Seydelstr. 7**  
als **Augenarzt**  
niedergelassen.  
**Dr. Hugo Feilchenfeld,**  
Hauptstr. Amt I. 8308.